

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,20 M.
(davon 67 Pf. monatlich für Zustel-
lung ins Haus) im voraus zahlbar.
Postbezug 3,87 M. einschließlich 80 Pf.
Zustellungs- und 72 Pf. Postbeleg-
gebühren. Auslandabonnentent 6,85 M.
pro Monat; für Länder mit ermäßig-
tem Briefporto 4,65 M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäg-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, Illustrierte Sonntagsbeilage
„Volk und Welt“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkasskonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3, Et. B. u. Disk.-Ges., Depositenk., Jerusalemstr. 65/66.

Donnerstag

2. Juni 1932

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einpaltige Millimeterzeile 60 Pf.
Zusatzzeile 2.— M. „Kleine An-
zeigen“ das fettgedruckte Wort 30 Pf.
(zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes
weitere Wort 10 Pf., Rabatt 11. Karit.
Werte über 15 Buchstaben zählen für
zwei Worte. Arbeitsmarkt Millimeter-
zeile 25 Pf., Familienanzeigen Milli-
meterzeile 16 Pf., Anzeigenannahme
im Hauptgeschäft Lindenstraße 3,
wochentäglich von 9^{1/2} bis 17 Uhr.
Der Verlag behält sich das Recht der Ab-
lehnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Zum Kampfe bereit!

Parteigenossen, Parteigenossinnen!

Die Reaktion hat ihre Karten aufgedeckt!

Durch eine Intrige ostpreussischer Großgrundbesitzer und ehrgeiziger Generäle ist das Kabinett Brüning gestürzt worden, nachdem es wenige Wochen zuvor im Reichstag mit einer Mehrheit von 30 Stimmen gestützt hatte. An seine Stelle ist Reichskanzler Herr von Papen getreten, dessen einzige politische Leistung bis zur Stunde darin besteht, daß er — bisher auf dem äußersten rechten Flügel des Zentrums stehend — unablässig gegen die Politik der eigenen Partei, gegen die Regierung der Weimarer Koalition in Preußen frondiert und konspiziert hat.

Das neue Kabinett nennt sich „Kabinett der nationalen Konzentration“. In Wahrheit ist es ein „Kabinett der reaktionären Konzentration“. In diesem Kabinett sammeln sich die wirtschaftlich und politisch reaktionären Mächte Deutschlands.

Bezeichnend ist schon das äußere Bild: die übergroße Mehrheit der Kabinettsmitglieder entstammt dem Adel. Bürgerliche Namen sind nur ganz vereinzelt anzufinden. Kein Arbeiter gehört dem Kabinett an. Auch der Mittelstand ist ausgeschaltet.

Dies Kabinett der „nationalen Konzentration“ ist die erste Reichsregierung seit 1918, in der die organisierte Arbeitnehmerschaft, in der die Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten, Beamten, ganz gleich welcher Richtung, ohne jede Vertretung geblieben sind.

Das ist kein Zufall! Der äußeren Zusammensetzung entspricht der innere Geist der neuen Regierung. Wir Sozialdemokraten haben an dem Kabinett Brüning vieles zu tadeln gehabt, am meisten, daß es die Forderungen der Arbeitnehmer in der Wirtschaftskrise nur sehr unvollständig und zögernd erfüllte. Aber nicht deswegen hat die oben gekennzeichnete Clique das Kabinett Brüning beseitigt. Der Sturz des Kabinetts Brüning erfolgte, um die im Kabinett Brüning noch vorhandene schwache Vertretung der Arbeiterinteressen restlos auszumerzen. Mit dem Sturz der Regierung Brüning soll die Bahn freigemacht werden:

für die Aufhebung des Versicherungscharakters der Arbeitslosenversicherung, d. h. für die Ersetzung der gesamten Arbeitslosenversicherung durch die Wohlfahrtspflege;

für die Beseitigung eines bindenden Tarifvertragsrechtes, d. h. für die Herabsetzung der Löhne im größten Maßstab.

Das ist nicht alles! Zerschlagen werden soll durch den Sturz des Kabinetts Brüning das Projekt der Arbeitsbeschaffung im Wege einer aufzulegenden Prämienanleihe. Zerschlagen werden soll der Plan einer großzügigen Besiedelung des bankrotten und nicht mehr sanierungsfähigen ostelbischen Großgrundbesitzes.

Einer der Hauptgründe für den Sturz der Regierung Brüning ist es gewesen, daß diese sich geweigert hat, dem ostelbischen Großgrundbesitz für seine im Siedlungsverfahren aufzuteilenden bankrotten Güter die von den Junkern geforderten phantastischen Ueberpreise zu zahlen.

Zu den wirtschaftlichen Gründen kommen die politischen. Die durch die Krisenpanik und die Kopflosigkeit eines Teils der Bevölkerung genährten reaktionären Hoffnungen sollen erfüllt werden, indem das Steuer des Reichs nach rechts gedreht wird.

**Der Ausweg aus Krise, Not und Elend ist der Weg zum Sozialismus.
In diesem Geiste werden wir kämpfen und siegen!
Es lebe der Kampf! Es lebe die Sozialdemokratie!**

Berlin, den 1. Juni 1932

Der Parteivorstand.

Es ist bezeichnend, daß dieses Kabinett der Barone, der Generäle, der Industrieherrn und Großagrarien auf die Tolerierung der nationalsozialistischen „Arbeiterpartei“ spekuliert. Es ist ebenso bezeichnend, daß diese angebliche „Arbeiterpartei“ sich unter gewissen Bedingungen zur Tolerierung dieses ausgesprochen arbeiterfeindlichen Scharfmacherkabinetts bereit erklärt.

Zu den Bedingungen der Nationalsozialisten gehört u. a. die Aufhebung des SA-Verbozes, die Aufhebung aller Strafverordnungen gegen den politischen Terror und die baldige Neuwahl des Reichstags. Die Nationalsozialisten betrachten die neue Regierung nur als Wegbereiterin ihrer eigenen Herrschaft. Nach Erfüllung ihrer Bedingungen erhoffen sie unter Anwendung des blutigsten Terrors, durch rücksichtslose Einsetzung der Hitlerschen Privatarmee den künftigen Reichstag nach ihren Wünschen zu gestalten.

Genossen und Genossinnen!

Diesen Plan der Reaktion zu durchkreuzen ist die Aufgabe der organisierten Arbeiterklasse, ist die Aufgabe der Sozialdemokratie. Es besteht hierzu auch die volle Möglichkeit, wenn die Arbeiterklasse das Spiel der Reaktion rücksichtslos entlarvt!

Jetzt ist der Augenblick gekommen, in dem die reaktionären Kräfte, die bisher alles Unglück auf das „System“, auf die Demokratie, auf die Republik, auf den Sozialismus abgewälzt haben, selber die Verantwortung übernehmen müssen.

Jetzt wird sich der Wert ihrer demagogischen Verheißungen erweisen!

Jetzt sollen die neuen Herren auf der Laufanner Konferenz zeigen, ob sie imstande sind, die Zerreißung des Versailler Vertrags und die Streichung aller Lasten zu erkroffen!

Jetzt sollen sie zeigen, wie weit ihr demagogisches Geschrei über die Notverordnungen ernst gewesen ist! Jetzt sollen sie zeigen, ob sie die Steuerverordnungen usw. der Regierung Brüning aufheben werden!

Die Sozialdemokratie tritt in die schärfste Opposition in einem Augenblick, in dem die reaktionäre Demagogie gezwungen ist, sich selber zu entlarven. Es kommt nun darauf an, daß der kurze Zeitraum, der uns voraussichtlich bis zu den Reichstagswahlen bleiben wird, ausgenutzt wird, um auch die von Kommunisten und Nazis irreführenden Teile der Arbeiterschaft in die Front der Sozialdemokratie gegen die Reaktion zurückzuführen. Das gilt namentlich von jenen Verblendeten und Irreführenden, die sich jahrelang von den Kommunisten einreden ließen, daß die Sozialdemokratie der „Hauptfeind“ sei!

Der alte Kampfgeist der Sozialdemokratie lebt! Für uns gibt es keinen Kleinmut und keine Entmutigung!

Denn wir wissen: Die politische Krise Deutschlands ist nur eine Auswirkung der Weltkrise des kapitalistischen Systems. Vergebens sucht die Kapitalistenklasse Deutschlands beim Faschismus ihre Rettung. Alle Flickarbeit der kapitalistischen Helfer wird vergeblich bleiben. Der Umbau der verfallenden Wirtschaftsordnung mit dem Ziel sozialistischer Gemeinwirtschaft ist zur Gegenwartsaufgabe gereift. Die Macht der Monopole muß gebrochen, der Einfluß des Staates auf Warenerzeugung, Warenverteilung, Bank- und Kreditwesen verstärkt werden. Besitz und Verfügungsgewalt der öffentlichen Hand müssen erweitert werden, um die Grundlage für die Planmäßigkeit der Gesamtwirtschaft zu schaffen.

Papen ist Reichskanzler!

Sechs reaktionäre Minister ernannt. — Auch das Zentrum kündigt schärfste Opposition an.

Der Reichspräsident empfing gestern abend gegen 9 Uhr Herrn von Papen zum Vortrag über seine bisherigen Bemühungen in der Kabinettsbildung und ernannte daraufhin

Herrn von Papen zum Reichskanzler,
Freiherrn von Gahl zum Reichsinnenminister,
Dr. Warmbold zum Reichswirtschaftsminister,
General von Schleicher zum Reichswehrminister,
Freiherrn von Braun zum Ernährungsminister und Eskommissar,
Reichsbahndirektor Eich von Rübenaach zum Post- und Verkehrsminister.

Außerdem wurde Oberregierungsrat Bland von der Reichskanzlei zum Staatssekretär der Reichskanzlei ernannt.

Mit dem Eintreffen der betreffenden Herren in Berlin ist für morgen die Ernennung von Goerdeler zum Arbeitsminister, Gürtner zum Justizminister und Freiherrn von Neurath zum Außenminister zu erwarten. Nur die Besetzung des Reichsfinanzministeriums ist noch zweifelhaft.

Freiherr von Braun ein Kappist.

Freiherr von Braun wurde 1878 als Sohn eines ostpreussischen Rittergutsbesitzers geboren und war bis zum Kriege Landrat in Wirsig in der Provinz Posen. Im Kriege wurde er in das Innenministerium berufen. Nach dem Zusammenbruch war er Regierungspräsident in Gumbinnen. Von der preussischen Regierung wurde er zur Disposition gestellt, da er den Verleih des damaligen Oberpräsidenten August Böttger, in dem sich dieser hinter die Regierung Kapp stellte, in seinem Bezirk veröffentlichte. Seit 1927 ist er Generaldirektor der Raiffeisengesellschaft und in dieser Eigenschaft Mitglied des Reichswirtschaftsrats.

Freiherr Eich von Rübenaach.

Der neue Reichsverkehrsminister Freiherr Eich von Rübenaach steht seit 1924 an der Spitze der Reichsbahndirektion Karlsruhe. Er wurde 1875 in Wahn in Rheinland geboren. Von 1911 bis 1914 war er nach längerer Tätigkeit im preussischen Eisenbahndienst technischer Sachverständiger beim Generalkonsulat in New York. Sein Bruder ist nationalsozialistischer Landtagsabgeordneter in Preußen.

Die dritte Abwehrschlacht.

Gegen das „Präsidentenkabinett“ Hindenburgs.

Als sich die Sozialdemokratische Partei entschloß, für Hindenburg einzutreten, um die Wahl Hitlers zu verhindern, tat sie das aus nüchternen Erwägungen und ohne pathetischen Uberschwang. Sie war sich darüber klar, daß sie Hindenburg damit keinen persönlichen Dienst erwies, und sie erwartete keinen Dank. Auch mit der Lupe wird man im „Vorwärts“ keine Spur jener Verherrlichungen finden, von denen die Presse des Zentrums wie der Staatspartei damals voll war und die in den Reden des Reichskanzlers Brüning am lautesten erklangen.

Kein Wunder also, daß Enttäuschung und Erbitterung über die Vorgänge der letzten Tage in anderen Lagern stärker sind als in dem unseren. Doch müssen auch wir bei aller ruhiger Objektivität, deren wir uns fähig wissen, aussprechen, daß es seit dem 30. Mai einen menschlichen Fall Hindenburg gibt. Wenn der Reichspräsident der Meinung war, daß eine Aenderung des politischen Kurses nötig sei und er danach handelte, so trifft ihn deshalb — das haben wir schon ausgesprochen — nicht der geringste Vorwurf. Aber die Art, wie das alte, dem Reichspräsidenten persönlich ergebene Kabinett zu Fall gebracht und ein neues Kabinett vorbereitet wurde, hat das Bild, das man sich in weitesten Volkskreisen vom Menschen Hindenburg machte, völlig verändert.

Der Reichspräsident befindet sich heute offenbar unter dem Einfluß von Männern, denen es wenig darauf ankommt, auch sein persönliches Ansehen zu schädigen, wenn sie dabei nur zu ihren eigenen Zielen gelangen.

Die Regierung von Papen, die gestern ernannt worden ist, kann nicht vor den Reichstag treten, ohne ein Mißtrauensvotum zu erhalten. Der Beschluß des Zentrums ist eindeutig. Mindestens 322 von den 577 Mitgliedern des Reichstags stehen gegen das Kabinett — Linke plus Zentrum und Bayerische Volkspartei —, wahrscheinlich aber ist die ablehnende Mehrheit noch viel größer. Ob die 151 Nationalsozialisten und Deutschnationalen für Herrn von Papen sicher sind, steht keineswegs fest. Der neue Reichskanzler befände sich sofort, wenn er vor den Reichstag träte, in einer völlig hoffnungslosen Situation. Darum soll er ja auch die Absicht haben, den Reichstag aufzulösen, ohne sich ihm erst vorgestellt zu haben. Danach will er zur Konferenz nach Lausanne fahren! Man wird ja dort wohl höflich genug sein, ihn nicht zu fragen, mit welchem Recht er im Namen des deutschen Volkes verhandeln will!

Die Neuwahlen, die unvermeidlich geworden sind, können von der neuen Regierung nur zu dem Zweck ausgeschrieben

werden, die Links-Zentrum-Mehrheit des Reichstags in eine Minderheit zu verwandeln und eine Rechtsmehrheit zu schaffen, die in der Hauptsache aus Nationalsozialisten, in der Nebensache aus Deutschnationalen und einigen kleinen Splitterparteien besteht. Daß dieses Ziel erreichbar ist, muß bezweifelt werden — und an uns ist es, alles zu tun, damit es nicht erreicht wird.

Die Sozialdemokratie hat im Entscheidungsjahr 1932 schon zwei große Abwehrschlachten geschlagen, deren Defensivziele erreicht wurden. Hitler wurde nicht Reichspräsident, und die Rechte bekam im Preussischen Landtag nicht die Mehrheit. Aber um Hitler zu schlagen, mußte die Sozialdemokratie Hindenburg wählen und in Preußen ging es mit wenigen Stimmen Unterschied hart auf hart. So ist jetzt die dritte Abwehrschlacht unvermeidlich geworden, sie wird an Entscheidungsschwere und an Heftigkeit ihre Vorgänger noch übertreffen.

Im Reich sind die Aussichten besser als in Preußen, weil Süddeutschland mitwählt. Das Ziel, die Entstehung einer Rechtsmehrheit zu verhindern, ist erreichbar, und es wird erreicht werden! Jähnefurchend sollen die Feinde am Tage der Entscheidung erkennen, daß sie die Kraft der sozialistischen Arbeiterbewegung unterschätzt hatten!

Der Kampf hat schon begonnen, wir stehen schon mitten in ihm. Jeder muß wissen, was seine Pflicht ist!

Bundesgenosse Hindenburg.

Feierliches Angebot Hitlers.

Hindenburg ist heute der Vollstrecker des Willens der Feinde Deutschlands geworden. Er schrieb der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete A. Forster am 19. Februar 1932 im Danziger „Vorposten“. Heute aber entrüstet sich sein Kollege Rosenberg im „Völkischen Beobachter“ über die „Systempresse“, die sich erlaubt, mit dem Reichspräsidenten über die Zweckmäßigkeit des letzten Regierungswechsels nicht ganz einer Meinung zu sein. An dieser Tatsache, meint der neue Offiziosus, werde der Reichspräsident hoffentlich „den Charakter der Systemparteien“ erkennen. Und bedeutungsvoll fährt er fort:

Wir knüpfen eine zweite Hoffnung daran: daß der Reichspräsident nunmehr entschlossen mit der erwachenden deutschen Nation geht und mit Adolf Hitler jenes Bündnis schließt, das notwendig ist, zur Rettung des deutschen Volkes.

Wir fügen dem die dritte Hoffnung hinzu, daß Herr v. Hindenburg, der noch vor zwei Monaten in offiziellen Flugblättern der NSDAP „der Kandidat aller Juden, Schieber und Kriegsgewinnler“ hieß, die Ehre zu würdigen weiß, die ihm durch dieses Bündnisangebot erwiesen wird.

Kampfbeschluß des Zentrums.

Schärfste Beurteilung der Krisentreiber. — Ablehnung des Kabinetts Papen.

Die Zentrumsfraktion des Reichstags, die am Mittwoch den ganzen Tag über Beratungen abgehalten hatte, nahm schließlich folgende Kundgebung an:

Die Zentrumsfraktion des Reichstags hat heute eingehende Berichte über die neu geschaffene politische Lage entgegengenommen. Die Vorgänge der letzten Tage, die zum Rücktritt des Kabinetts Brüning geführt und im Lande stärkstes Ällem den hervorgerufen haben, fanden

einmütige und schärfste Beurteilung.

Unmittelbar vor zielreicher vorbereiteter internationaler Verhandlungen haben leichtfertige Intrigen verfassungsmäßig unerwarteter Personen hoffnungsvolle Linien einer in großen Zusammenhängen eingeleiteten nationalen Aufbaupolitik jäh unterbrochen und den wirtschaftlichen und sozialen Existenzkampf aller Gruppen des deutschen Volkes wesentlich erschwert.

Die Deutsche Zentrumspartei hat im Laufe der Geschichte immer wieder unter Selbstaufopferung politische Verantwortung übernommen und getragen. Sie hat es getan im Zeichen einer christlich-nationalen Staatspolitik und einer moralischen Auffassung des öffentlichen Lebens. Indem wir uns erneut zu diesen staatspolitischen Grundgedanken bekennen,

verwerfen wir das monatelang geübte System unkontrollierbarer Treibereien und erklären, daß wir für alle hieraus sich ergebenden Erschwerungen unserer inneren Lage und äußeren Möglichkeiten jede Verantwortung ablehnen.

Das mit dem Kabinettssturz unterbrochene außen- und innenpolitische Gesamtwerk soll nunmehr politischen Experimenten ausgehört werden. Weil die Parteikräfte der Opposition sich weigern, politische Verantwortung mitzübernehmen, werden Zwischenlösungen angestrebt. Solche Zwischenlösungen sind keine „Nationale Konzentration“. Sie bieten auch keinerlei Bürgschaft für die Fortführung einer Außen- und Innenpolitik, wie sie die Zeitumstände gebieterisch verlangen.

Staatsparteilicher Protest bei Hindenburg.

Die staatsparteilichen Reichstagsabgeordneten Dr. Weber und Dr. Meyer haben an den Reichspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem sie darauf hinweisen, daß ihnen bei ihrem Empfang beim Reichspräsidenten am Dienstag die Absicht, ein „überparteiliches Kabinett“ zu berufen, bekanntgegeben worden sei. In dem Schreiben heißt es dann weiter:

„Fast unmittelbar nach unserem Empfang ist amtlich mitgeteilt worden, daß Herr von Papen den Auftrag zur Bildung einer „Regierung der nationalen Konzentration“ erhalten hat. Nach den weiteren Nachrichten scheint es keinem Zweifel zu unterliegen, daß die Mitarbeiter des Herrn von Papen, ebenso wie er selbst, einem engeren politischen Kreis angehören, der von denjenigen Parteien, die bisher das Kabinett Brüning gestützt haben, scharf abgegrenzt ist. Wir haben hieraus den Eindruck gewonnen, daß offenbar in letzter Stunde die Absicht, ein überparteiliches Kabinett zu berufen, ausgegeben worden ist. Daher betrachten wir es, ohne der sachlichen Stellungnahme unserer Fraktion zu dem neuen Kabinett vorzugreifen, als unsere Pflicht, Ihnen, Herr Reichspräsident, die dringende Bitte zu unterbreiten, zu verhindern, daß ein solches Kabinett von amtlicher Seite als „Regierung der nationalen Konzentration“ bezeichnet wird. Unmöglich kann es Ihrem Sinn entsprechen, nach den Erfahrungen des Weltkrieges eine Unterbrechung des deutschen Volkes in nationale und nichtnationale Kreise zu dulden; unmöglich kann von Ihnen als „Regierung der nationalen Konzentration“ eine Regierung anerkannt werden, in der der überwiegende Teil der 19½ Millionen Deutschen, die sich vor wenigen Wochen unter Zurückstellung aller Parteimäßigkeiten zu Ihrer Wiederwahl zum Reichspräsidenten entschlossen haben, keinen Vertrauensmann hat. Zu Ihnen, Herr Reichspräsident, der Sie stets zur Einigkeit aller Deutschen gemahnt haben, hegen wir das Vertrauen, daß Sie es nicht gestatten werden, daß von amtlicher Seite durch die vorerwähnte Bezeichnung des neuen Kabinetts einem Teile des deutschen Volkes die nationale Gesinnung unmittelbar abgesprochen und damit eine Erbitterung erzeugt wird, aus der in der jetzigen Zeit schwerer Krisis die stärksten Gefahren für Reich und Volk drohen müssen.“

Die belgische Kammer sprach am Mittwoch mit 101 gegen 73 Stimmen bei 3 Enthaltungen der neuen Regierung Renkin das Vertrauen aus.

Ein Gnadengesuch an Hoover hat der Präsident der Republik Portugal telegraphisch für seine Landsleute Sidestre Fernandez und Alexander Nunes abgelehnt, die in USA zum Tode verurteilt worden sind.

Die rumänische Regierung Jorga ist zurückgetreten, und zwar wegen der schweren Finanznot des Staates. Titulescu ist von seinem Londoner Gesandtenposten zur Regierungsbildung heimgerufen worden. Viele Beamte haben seit Monaten kein Gehalt bekommen.

In einem Augenblick schwerster politischer Beunruhigung und politisch ungeeigneter Versuche hält es die Zentrumsfraktion für ihre Pflicht, eine Gesamtpolitik zu fordern, in der nationale Freiheit und Gleichberechtigung, entschlossener Kampf mit dem Kernproblem, der Arbeitslosigkeit, Sicherung unserer Währung, Erhaltung selbständiger Existenzen in Handwerk, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft, die Gewährleistung sozialer Grundrechte und Fürsorgemaßnahmen und vollstimmliche Siedlungspolitik Befestigungsbestandteile sind.

Aus solcher Ueberzeugung heraus lehnt die Zentrumsfraktion die Zwischenlösung ab!

Die Abfrage der Bayerischen Volkspartei

Schägel macht bei Papen nicht mit.

Die Fraktionsführung der Bayerischen Volkspartei im Reichstag endete mit der Verkündung folgender Erklärung:

Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei nahm in ihrer Sitzung vom 1. Juni einen ausführlichen Bericht des Fraktionsvorsitzenden über die gesamtpolitische Lage entgegen. Nach eingehender Aussprache wurde als einmütige Auffassung der Fraktion festgestellt, daß für ein Mitglied der Bayerischen Volkspartei eine aktive Beteiligung an einem Übergangskabinett v. Papen nicht in Frage kommt.

Der bisherige Reichspostminister Dr. Schägel hat danach die Aufforderung, in das Kabinett v. Papen einzutreten, abgelehnt.

Zentrum wirft Papen hinaus!

Die Parteileitung des Zentrums teilt mit: „Ohne den persönlichen — wenn auch nicht sachlich vertretbaren — Motiven abzutreten, aus denen Herr von Papen sich veranlaßt fühlt, den bekannten Schritt zu tun, stellt die Zentrumspartei fest, daß kein Entschluß in bewußtem Gegensatz zu der Parteileitung erfolgt ist. Die daraus sich ergebenden Folgerungen sind ohne weiteres klar.“

Ruhe im Landtag.

Die Sozialdemokratie fordert: Schafft Arbeit!

Der gestrige Tag im Landtag ist ruhig verlaufen. Im Velleitenrat wurde festgestellt, daß Präsident Kerkel Schulpolizisten in Zivil zum Schutze des Landtags angefordert hat, die eine Landtagswache bilden. Am Freitag sollen die Abstimmungen über die politischen Anträge erfolgen.

Die Wahl des Ministerpräsidenten soll erst nach den heftigen Wahlen erfolgen, also nach dem Wiederzusammentritt des Preussischen Landtags am 21. Juni.

Die Schlägerei in der letzten Plenarsitzung des Landtags wurde in der Velleitenratsitzung des Landtags gleichfalls noch einmal erörtert. Da die Nationalsozialisten und Kommunisten, die zusammen über die Mehrheit im Landtag verfügen, bei ihrer Auffassung blieben, daß sie kein Interesse an einer geschäftsordnungsmäßigen Weiterverfolgung der Dinge hätten, kam es hierüber zu keinen Beschlüssen. Die Sozialdemokraten kündigten an, daß der bei den Schlägereien erheblich verletzte Abg. Jürgensen (Soz.) den preussischen Fiskus, vertreten durch den Präsidenten des Landtags, auf Schadenersatz verklagen wolle, um durch ein grundsätzliches Urteil feststellen zu lassen, daß der Präsident des Hauses für die Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Landtag auch die zivilrechtliche Verantwortung trage.

In der Plenarsitzung vertrat Genossin Hanna die Forderungen der Sozialdemokratie auf Arbeitsbeschaffung. Der Kommunist Koenen antwortete mit wilden Beschimpfungen der Sozialdemokratie, wofür er lauten Beifall der Nationalsozialisten erhielt.

Zur Geschäftsordnung beantragt Abg. Bork (Dnat.) zwei Urträge der Deutschnationalen mit auf die Tagesordnung zu setzen, die Verbot der sozialdemokratischen Freidenkerorganisationen und Ausschluß der Dissidenten vom Schulaufsichtsdienst fordern. — Der Aufhebung der Anträge auf die Tagesordnung wird widersprochen, so daß sie für diesen Tag nicht erfolgen kann.

Abg. Kube (Soz.) beantragt, mit der politischen Aussprache einen nationalsozialistischen Antrag zu verbinden, der wegen der Zusammenstöße beim Aufziehen der Stageratwache die Dienstentlassung des Polizeipräsidenten Orjesinski, die disziplinarische Bestrafung des Kommandeurs Heimannsberg und die Aburteilung der schuldigen Polizeibeamten durch einen deutschen Richter fordert. Der Antrag solle dem Verfassungsausschuß überwiesen werden.

Gegen die Mitberatung dieses Antrages am Donnerstag wird Widerspruch nicht erhoben.

Hierauf werden die von den Nationalsozialisten beantragten Untersuchungsausschüsse gegen die Polizei und gegen die Justiz eingeleitet; ebenso der Ständige Ausschuß und eine Reihe weiterer Ausschüsse. Der nationalsozialistische Antrag auf Revision der Geschäftsordnung wird ohne Debatte dem Geschäftsausschuß überwiesen.

Es folgen die kommunistischen Anträge auf Aufhebung der Äußerung der Unterführungen und Arbeitsbeschaffung.

Abg. Schment (Komm.): Otto Braun hat in seinem Brief an Brüning und Hülsmann in der Hamburger Rundgebung der Eisenfront die 36-Stunden-Woche gefordert. Wir sind gegen jede Verkürzung der Arbeitszeit, die einen neuen Lohnraub bedeutet. Wir wehren uns auch gegen die Vermehrung des Siedelens. Die Arbeitsbeschaffungspläne der Gewerkschaften und der Nationalsozialisten laufen auf eine neue Inflation hinaus. Unseren kommunistischen Anträgen für die Arbeitslosen wird niemand zustimmen. Sollte es aus demagogischen Gründen doch geschehen, wird sich keine Regierung finden, die sie durchführt. Innerhalb des Kapitalismus gibt es keine Lösung der Arbeitslosenfrage. (Beifall bei der SPD.)

Abg. Frau Hanna (Soz.):

Wir erblicken mit dem preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun in der Arbeitslosenfrage das Zentralproblem der inneren Politik. Wir haben — Partei und Gewerkschaften — seit Jahren unsere Arbeitsbeschaffungspläne vorgelegt und propagiert. Wir haben auch diesem Landtag sofort bei seinem Zusammentritt unsere Forderungen für die Arbeitslosen erneut unterbreitet, und unser Antrag ist bereits am vorigen Mittwoch dem zuständigen Ausschuß überwiesen worden. Die Forderungen, die er erhob, stimmen überein mit den Vorschlägen, für die zuletzt am 13. April der außerordentliche Gewerkschaftskongreß demonstriert hat.

Unsere Vorschläge ruhen auf dem Verantwortungsgesühl gegenüber den Volksgenossen und auf dem Mitgefühl für die menschliche Not, das jeden Abgeordneten verpflichten sollte, uns zu helfen, das Elend der Arbeitslosigkeit einzudämmen.

Bereits auf dem Gewerkschaftskongreß haben unsere Führer Leipart und Graßmann beklagt müssen, daß ein großer Teil der Deffektivität die steigenden Arbeitslosenziffern mit einem Gleichmut hinnimmt, als handle es sich um die täglichen Wetterberichte. Dabei bedeuten diese Zahlen nicht nur ungeheures materielles, sondern auch seelische Not! Was kann zur Abhilfe sofort geschehen?

Wir fordern die Herabsetzung der Arbeitszeit;

aber wir wissen, daß sie leider nicht so stark wirken wird, wie man das im Interesse der Arbeitslosen wünschen möchte. Denn Millionen Arbeiter leiden schon jetzt schwer unter einer weitausgedehnten Kurzarbeit. Daneben besteht freilich noch immer Arbeitszeit und Arbeitsbereitschaft von unerhörter Ausdehnung, und es wird noch immer Heberarbeit und sogar Frauenarbeit bei Nacht in großem Umfang genehmigt. (Zuruf des Abg. Koenen: Und das alles tolerieren Sie!) Ich werde auf Ihre Zwischenrufe nicht antworten. (Zuruf bei den Komm.: Sie können es nicht!) Es wäre mirlich nicht schwer, aber ich rechne auf die Arbeiter, die auch ohne Worte begreifen, daß ich jetzt wichtigeres zu tun habe, als mich mit Ihnen zu zanken. (Sehr gut! bei den Soz.) Die Nationalisierung und die gegenwärtige Methode der Arbeitsart machte auch ohne die riesenhafte Arbeitslosigkeit ein wesentliches Heruntergehen unter die Achtundvierzigstundenswoche notwendig.

Die Idee der Verbilligung der Produktionskosten und der Preislenkungen, die man uns entgegengesetzt hat, hat sich als Illusion erwiesen.

Die Preislenkung ist nirgends der Lohnlenkung nachgekommen und vielfach sogar nur zum Schein auf Kosten der Qualität erfolgt. Wir können den Warenbesitz nur erhöhen, wenn wir die Arbeitszeit herablehnen und die Kaufkraft sicherstellen. Da die Durchführung des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit im wesentlichen Reichsache ist, kann ich an dieser Stelle auf Einzelausführungen verzichten.

Unsere Forderung der Arbeitsbeschaffung darf nicht an der Finanzierungsfrage scheitern. Unsere Vorschläge haben sich stets von allen inflationistischen Ideen ferngehalten; wir sind uns stets bewußt gewesen, daß wir ein armes Land und ein armes Volk sind. Aber wir haben auch stets auf die Geldquellen hingewiesen, die sich noch erschließen lassen, und wenn unseren Plänen

immer nur die Gefahr der Inflation entgegengestellt wird, so verbirgt sich hinter diesem Geheiß Unfähigkeit und Mangel an Mut und Willen, an die Arbeitsbeschaffung ernsthaft heranzugehen. (Sehr gut! bei den Soz.)

Schließlich hat ja das Reich ungeheure Geldmittel für Subventionen aller Art aufgebracht, auch für zweckwidrige, wie sie etwa in der Denkschrift des Rechnungshofes über die Osthilfe gebrandmarkt werden.

(Sehr gut bei den Soz.) Durch rechtzeitige Vorbeuge gegen Unwetter Schäden könnte man z. B. nicht nur Arbeit schaffen, sondern auch Werte erhalten und Mittel freistellen, die sonst Jahr für Jahr für unzureichenden Schadenersatz gebraucht werden. Auch bei der Renovierung von Altimwohnungen und bei der Siedlung läßt sich zweckmäßig neue Arbeit schaffen, wenn wir auch gerade bei der Siedlung dringend davor warnen müssen, Hoffnungen zu erwecken, die nicht erfüllt werden können.

Der Sturz des Kabinetts Brüning hat die Aussichten auf eine vernünftige Arbeitsbeschaffung leider nicht verbessert.

(Sehr wahr! bei den Soz.) Und auch nicht die Aussichten auf eine internationale Verständigung, die zu einer stärkeren Schwächung der Arbeitslosigkeit unerlässlich wäre. Die endgültige Überwindung der Arbeitslosigkeit wird überhaupt im Rahmen des heutigen Wirtschaftssystems nicht gelingen. Es wächst die Zahl der Männer, die das einsehen, in der ganzen Welt. Hat doch schon vor Wochen der Gouverneur der Bank von England schriftlich niedergelegt, der Kapitalismus werde in einem Jahr erledigt sein, wenn er die Probleme der Gegenwart nicht bewältigen könne. In der Tat werden die Völker auf die Dauer nicht dulden, daß unter dem größten Elend und auf Kosten der Allgemeinheit die privatkapitalistische Wirtschaft erhalten wird. (Zuruf bei den Komm.) Wenn Sie nicht erlissteren, wäre die Sozialisierung bereits ein erhebliches Stück weiter voran! (Sehr wahr! bei den Soz.) Autarkie und Arbeitsdienstplicht würden die Not der Massen nur steigern. Wir nähren auch keine Illusionen über den freiwilligen Arbeitsdienst, der günstigenfalls nur einen verhältnismäßig kleinen Bruchteil besonders jugendlicher Arbeitsloser vorübergehend beschäftigen kann. Aber soweit damit nicht auf Tarifbruch und Lohnbruch gezielt wird, wollen wir jeden vernünftigen Plan gern sorgfältig prüfen. Unsere Forderung aber lautet:

Schafft Arbeit, die den schaffenden Menschen Recht und Lebensmöglichkeit gewährt! (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Soweit wir die Arbeitslosen nicht in Arbeit bringen können, muß die Arbeitslosenversicherung unbedingt aufrechterhalten werden. Darüber hinaus ist die Arbeitslosenunterstützung zu vereinfachen und zu vereinfachen. Jeder Abge-

ordnete sollte sich verpflichtet fühlen, mit uns Wege zu suchen, die die Not der Gegenwart praktisch mildern helfen.

Wir jedenfalls lassen uns auch in dieser Frage leiten von unserem Verantwortungsgesühl gegen Volk und Staat und von unserem tiefen Mitgefühl mit den Opfern dieses Wirtschaftssystems, für dessen Überwindung wir kämpfen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Lohse (Koz.): Wir werden die Frage der Arbeitslosigkeit im Zusammenhang mit den allgemeinen Problemen in der politischen Gesamtausprache erörtern.

Abg. Hebborn (S.): Es ist eine Schande, daß die leider unvermeidliche Kürzung der Unterführungen den Sozialreaktionären noch nicht weit genug geht. Wir wollen an allen Arbeitsbeschaffungsplänen gern mitarbeiten; aber Arbeit beschaffen kostet eben pro Kopf dreimal soviel wie Arbeitslosenunterstützung. Für die Unterstützung der Arbeitslosen hat noch kein Staat soviel aufgebracht wie Deutschland. Aber das war auch notwendig, und jeder Versuch, die Arbeitslosen noch tiefer ins Elend zu stoßen, wird von uns bekämpft werden.

Abg. Koenen (Komm.): Diese Erklärung des Zentrums soll nur verdeutlichen, daß am Elend der Arbeitslosen die Brüning und Hirtfelder die Schuld tragen. Und mit ihnen die schlimmsten Agenten der Bourgeoisie, die Sozialdemokraten. Die ganze Arbeitslosenversicherung ist nur eine Ausplünderung der Arbeiter, und ihre Selbstverwaltung ein Gewinn nur für die sozialdemokratischen Bonzen.

(Lebhafter Beifall bei den Nationalsozialisten.)

Wir haben die Arbeitslosenversicherung nie als etwas anderes betrachtet als ein Teil von dem, was die Sozialdemokratie überhaupt ist: bewußte Betrüger der Arbeiter. Ihre Arbeitsbeschaffungspläne sind genau so inflationär wie die der Nazis, und die Börse ist bereits mitten in der Inflationshausse. Wir wollen in Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern und den Nazis die kapitalistische Wirtschaft zerstören, und schon deuten die Zeichen des Tages überall auf neue revolutionäre Aktion. (Lebhafter Beifall bei den Komm.)

Nach einer Rede des Abg. Küffer (Dnat.) und einem Schlußwort des Abg. Schment schließt die Debatte. Die Anträge gehen an den Bevölkerungspolitischen Ausschuß.

Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr: Mißtrauensantrag der Kommunisten gegen die geschäftsführende Regierung Braun; Antrag der Deutschnationalen auf Veränderung der Geschäftsordnung betr. Wahl des Ministerpräsidenten; politische Gesamtausprache.

Zentrumsantrag: Nationalsozialisten und Kommunisten sollen den Sachschaden im Preussischen Landtag ersehen.

Die Zentrumsfraktion hat im Preussischen Landtag einen Antrag eingebracht, wonach der Präsident des Landtags ersucht werden soll, den bei der Schlägerei im Landtag am 25. Mai entstandenen Sachschaden umgehend festzustellen und die entstandenen Kosten auf die beteiligten Abgeordneten der Nationalsozialisten und Kommunisten umzulegen.

GA.-Unruhen in Breslau.

Sturm auf die Gaugeschäftsstelle des Reichsbanners.

Breslau, 1. Juni. (Eigenbericht.)

In Breslau macht sich seit einigen Tagen zunehmender Terror der Nationalsozialisten bemerkbar. Seit Montag bereits ist die Breslauer Annenstadt wieder Schauplatz jenseitiger Zusammenrottungen und Plänkchen. Zahlreiche Truppen meist jugendlicher Hatentzuzler, ziehen bis in die späten Abendstunden lärmend und tosend durch die Straßen. Passanten mit republikanischen Abzeichen werden angepöbelt und, wenn sie sich zur Wehr setzen, mißhandelt und niedergebrosen. In mehreren Fällen wurden ernstere Auseinandersetzungen lediglich durch entschiedenes Eingreifen der Polizei verhindert.

Am Mittwochabend gegen 19 Uhr versuchten etwa 200 Hitler-Anhänger die in der Nähe des Ringes gelegene Gaugeschäftsstelle des Reichsbanners zu stürmen.

Die Nazis waren schon bis in das erste Stockwerk des Hauses vorgezogen, wurden dann aber von den Polizeibeamten, die ihre Schusswaffen freimachten, zurückgedrängt.

Auch nach Zerstreung der Menge sammelten sich in den späten Abendstunden vor dem Reichsbannerbüro wieder Massen rauflustiger Jugendlicher an, die ihr „Deutschland erwache“ brüllten.

Für die bevorstehenden Tage wird allgemein mit weiteren Zusammenstößen gerechnet.

Schläger Ley verläßt Köln.

Er ist ins Braune Haus veretzt worden.

Köln, 1. Juni. (Eigenbericht.)

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Dr. Robert Ley, Herausgeber des „Weltdeutschen Beobachter“ in Köln, der an dem tödlichen Überfall auf den Führer der Sozialdemokratischen Partei Otto Weis und den Kölner Polizeipräsidenten Bauhnacht im Hotel Deutz in Köln beteiligt war und kürzlich zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wurde, mußte Köln verlassen. Im Braunen Hause in München ist man langsam zu der Einsicht gekommen, daß Ley, der seiner Partei in Köln nicht erst durch den Überfall auf Otto Weis unbenommen gemorden ist, in der rheinischen Metropole nicht mehr länger zu halten ist. Ley ist deshalb ohne Sang und Klang von Köln nach München abgereist, wo er als Stellvertreter von Straßer fungieren soll.

Volkstheater.

Erno Csep: „Die goldene Uhr.“

Ein gutes altes Volkstüd, geschrieben von einem guten, jungen Routinier, fand wegen seiner gemütvollen Vorzüge und trotz seiner überlebten Nüchternheit einen schönen Sommererfolg. M. H.

Aus Schillers „Räubern“.



Schweizer: „Ein zuckersüßes Brüderchen. — In der Tat!“

Bl. 1, zweite Szene.

Der neue Reichsarbeitsminister.

Die Absichten Dr. Goerdelers.

Unter den voraussichtlichen Mitgliedern des neuen Reichs-Kabinetts ist eine der hervorragendsten Persönlichkeiten ohne Zweifel der neue Reichsarbeitsminister Dr. Goerdeler. Es ist in Erinnerung, daß dieser Oberbürgermeister von Leipzig vom Reichs-Kanzler Brüning mit der allerdings schwierigen Aufgabe betraut wurde, durch Preisabbau den Lohnabbau auszugleichen, der durch die Notverordnung vom 8. Dezember dekretiert worden ist.

Nach einer kurzen, wenn auch nicht sehr erfolgreichen Tätigkeit auf diesem Gebiete hielt Herr Dr. Goerdeler seine Tätigkeit als Preisabbaufunktionär für beendet und begann — wohl nicht im Auftrage Dr. Brünings — seine Tätigkeit als Propagandachef der Sozialreaktion. Er hielt bei allen passenden und unpassenden Gelegenheiten Reden darüber, wie und wo zwar nicht die Preise, aber die Sozialpolitik abgebaut werden müßte. Durch diese Tätigkeit hat Herr Dr. Goerdeler zweifellos für Herrn von Papen den Befähigungsnachweis erbracht, in dem neuen Kabinetts als Arbeitsminister zu fungieren. Es wird von Interesse sein, nur ganz kurz daran zu erinnern, was Herr Goerdeler seinerzeit propagiert hat, damit man genau im Bilde ist über das, was er als Reichsarbeitsminister zu tun beauftragt ist.

Das große Steckpferd des Herrn Goerdeler als Preisabbaufunktionär war die „Sanierung“ der Arbeitslosenversicherung. Zu ihrer Sanierung schlug er ihre Beseitigung vor. Das Ei des Kolumbus! Darüber hinaus verlangte er die Einschränkung der Krisenunterstützung, die Herabsetzung der

Unterstützungssätze auf die Höhe der Wohlfahrtsunterstützung und notabene die Einführung einer scharfen Bedürftigkeitsprüfung. Doch darin erschöpft sich das sozialpolitische Programm des neuen Arbeitsministers keineswegs. Herr Goerdeler zog mit besonderer Schärfe gegen die Tarifverträge zu Felde und in durchaus logischer Konsequenz gegen das amtliche Schlichtungswesen. Diese müßten radikal verschwinden, wenn unsere Wirtschaft gesund sein soll. Darüber hinaus hat Herr Dr. Goerdeler allerlei Pläne über Verwaltungsreform recht fragwürdiger Art entwickelt und sich gleichzeitig für den vorläufig freiwilligen Arbeitsdienst begeistert. Gratisarbeit ohne Rechte ist also gewissermaßen das Ideal des neuen Ministers für Sozialpolitik.

Wir wissen allerdings nicht, ob Herr Dr. Goerdeler es als eine Kränkung auffassen wird, wenn wir ihn als Minister für Sozialpolitik bezeichnen und ob er nicht selbst für sich in Anspruch nimmt, Minister gegen Sozialpolitik zu sein. Wir sind überzeugt, daß der neue Reichsarbeitsminister mit den Gefühlen tiefster Sympathie und unbegrenzter Hoffnung von allen Scharfsehenden und von der gesamten Sozialreaktion begrüßt wird. Es wäre falsch, anzunehmen, daß diese Herrschaften nicht von der Richtigkeit ihrer Auffassungen überzeugt sind. Sie glauben ernsthaft, daß ein radikaler Abbau der Sozialpolitik wirklich die Wirtschaftskrise beheben wird. Das Erwachen aus diesem Traum, der kein schöner ist, wird eine tiefe Enttäuschung sein. Wenn die Sozialpolitik zerschlagen wird, dann wird es Ruinen geben, die die Unternehmer gewiß nicht erwarten.

Sicherung der Tarifverträge!

Herr Goerdeler bekommt Arbeit.

Der neue Reichsarbeitsminister, der als Gegner von „Zwangstarifen“, wie überhaupt von Tarifverträgen bekannt ist, wird sich mit einer Eingabe zu befassen haben, die die Tarifparteien in der Herrenkonfektion an ihn richten. Es handelt sich um die Sicherung der Durchführung des Reichstarifvertrages.

Schon im Vorjahre wurde bei den Verhandlungen darüber gesprochen, und zwar war es der Vertreter des Arbeitgeberverbandes, der diese Sicherung als die dringlichste Aufgabe bezeichnete und der Auffassung war, es müsse ein gemeinsamer Vorstoß zum Erlaß einer Notverordnung oder eines Gesetzes unternommen werden. Die Tarifvertragsparteien haben sich nunmehr geeinigt, folgende Eingabe an den Reichsarbeitsminister zu richten.

„Wir beantragen hiermit: den Erlaß eines Reichsgesetzes, oder falls die Verabschiedung durch den Reichstag nicht mit der erforderlichen Beschleunigung herbeizuführen ist, den Erlaß einer Notverordnung folgenden Inhalts:

Geheh (bzw. Notverordnung zur Sicherung der Tarifverträge.

Das Reichsarbeitsministerium erhält das Recht, auf Antrag der Tarifparteien eines für allgemeinverbindlich erklärten Tarifes die Kontrolle über die Durchführung und Innehaltung des Tarifes und über die Festsetzung von Nachzahlungen Prüfungskommissionen und Schiedsgerichten zu übertragen, die von den Tarifparteien paritätisch zu bilden sind.

Die Ausführungsbestimmungen erläßt der Reichsarbeitsminister.“

In der Begründung zu diesem Antrage heißt es:

„Unter dem Druck der wirtschaftlichen Not hat eine Abwanderung des Bedarfs auf die billigste Preisstufe eingetreten, dergestalt, daß heute 80 bis 90 Proz. des Bedarfs auf Stapelware entfallen. Hand in Hand damit ging ein außerordentlich scharfer Preisdruck, der sich seinerseits wiederum als Vohndruck bemerkbar machte. Damit geriet nicht nur der auf Qualitätsarbeit aufgebaute Serientarif in Gefahr, sondern auch gleichzeitig die Entlohnung in den untersten Serien.“

Diese Unterbezahlung, die bis zu einem erschreckenden Tiefstand gediehen ist, wurde noch besonders gefördert dadurch, daß der Mangel an genügenden durchgreifenden Rechtsmitteln ganz natürlich zur Schwächung der Organisation beitrug. . . . Auf der anderen Seite ist die Kontrolle der Heimarbeiter durch die Gewerbeaufsichtsbehörden vollkommen unzureichend. . . .

Zur Zeit muß von vornherein angenommen werden, daß die Tarifabschlüsse von einem großen Teil der Beteiligten nicht durchgeführt werden. Bei dem Widerspruch zwischen den gesetzlichen Vorschriften über das Tarifwesen, der unterschiedlichen Entlohnung muß der Gedanke der kollektiven Lohnordnung schließlich vollständig untergraben werden, wenn nicht in dem hier angeregten Sinne Abhilfe geschaffen wird.“

Es werden dann noch Ausführungsbestimmungen vorgeschlagen für die

Bildung, Zusammenziehung, Tätigkeit und Befugnisse der Prüfungskommission.

Dieselbe soll paritätisch zusammengesetzt sein mit einem unparteiischen Vorsitzenden. In bezug auf deren Befugnisse ist vorgeschlagen:

„Die Mitglieder der Prüfungskommission haben das Recht, vor diesen Schiedsgerichten Klagen auf Zahlung der tariflichen Löhne im Namen der Heimarbeiter oder sonstigen Hausgewerbetreibenden zu führen, ohne von diesen hierzu bevollmächtigt zu sein. Für das Verfahren vor dem Schiedsgericht sind Ausgleichsquittungen oder sonstige Verzichtserklärungen auf Ansprüche aus dem Tarifvertrag rechtsunwirksam. Soweit Klagen ohne Vollmacht von den Mitgliedern der Prüfungskommission geführt werden, sind die Beträge, über welche Schiedssprüche gefällt werden, an die Reichsanstalt der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung abzuführen.“

Für die Durchführung ist vorgesehen, daß die Mitglieder der Prüfungskommission berechtigt sind,

in den Geschäftsräumen der Arbeitgeber und Zwischenmeister sowie in den Werkstätten und Wohnräumen der Heimarbeiter und sonstiger Gewerbetreibender Prüfungen vorzunehmen

und hierbei die Vorlage der Geschäftsbücher und aller zur Ermittlung der gezahlten Löhne sonst erforderlichen Unterlagen zu verlangen, ebenso die Befugnisse, die Lohnbücher der Lohn-gewerbetreibenden und Hausarbeiter einzusehen. Hinsichtlich der Führung der Lohnbücher wird gefordert, daß in denjenigen Fällen, wo die Lohnbücher nicht vorschriftsmäßig geführt werden, die bisher begrenzte Geldstrafe aufgehoben und solche Fälle ohne Begrenzung der Höhe künftig geahndet werden können.

Man kann gespannt darauf sein, was Herr Goerdeler zu dieser Eingabe sagen wird und zu der auch von den Unternehmern erhobenen furchtbaren Anklage, daß infolge ungenügender Sicherung des Tarifvertrages die Unterbezahlung „bis zu einem erschreckenden Tiefstand“ gediehen ist. Aus dem Munde von Unternehmern will ein derartiger Ausdruck etwas besagen.

Und nun, Herr Goerdeler, können Sie Ihren Kampf gegen den Tarifvertrag beginnen!

Eine Tendenzmeldung.

Was die Reichsanstalt mitteilt und was sie verschweigt.

Die Reichsanstalt hält es gerade in diesem Augenblick für notwendig, die Meldung zu verbreiten, daß der seit August 1930 neu eingeführte verlässliche Kontrollausendienst 460 000 Unterstützungsfälle nachgeprüft hat. Bei 110 000 Fällen seien falsche Entscheidungen getroffen worden. In 65 000 Fällen sei die frühere Entscheidung geändert worden. Als finanzielle Auswirkung habe sich eine Ersparnis an Unterstützungsmitteln in Höhe von etwa 3,5 Millionen ergeben.

Die Reichsanstalt gibt aber nur die Summe an, die insgesamt als Rückzahlung für unberechtigten Unterstützungsbezug in die Reichskasse zurückzuführen soll. Warum nennt die Reichsanstalt nicht auch die Summe, die infolge Feststellung des Kontrolldienstes nachträglich an die Arbeitslosen ausgezahlt werden muß, weil das zuständige Arbeitsamt ihnen zu wenig gegeben hat? Die falschen Berechnungen zugunsten oder zuungunsten der Arbeitslosen brauchen überhaupt nicht erst durch den vorhandenen Kontrolldienst festgestellt zu werden, wenn man nicht eine Personalpolitik trieb, die allein Schuld an der oberflächlichen Arbeit in der Reichsanstalt trägt. Viele Millionen könnten dem Reiche gerettet werden, wenn man nicht allzu sehr an Personalkosten sparen würde.

Warum aber gibt die Reichsanstalt der Deffektivität nur die Zahlen bekannt, die einen ungerechtfertigten Bezug der Arbeitslosenunterstützung betreffen? Warum gibt sie nicht auch die Zahlen bekannt, wie lange die Unternehmer trotz Abzug vom Lohn der Beschäftigten mit den Beiträgen rückständig sind? Wieviel Unterversicherungen sind festgestellt worden? Wieviel Betrugsfälle durch Ausstellung von Gefälligkeitsbescheinigungen durch den Arbeitgeber sind ermittelt worden? Wie liegt es ferner mit den Fällen, in denen die Unternehmer Arbeitslose nur einstellen, wenn sie neben der Beschäftigung Unterstützung beziehen, damit sie den Tariflohn sparen? Feststellungen über die Abwälzung des Betriebsrisikos auf die Sozialversicherung, Statistiken über die Gerichtsbarkeit bei Beitrag in der Sozialversicherung durch die Unternehmer usw. Alles das sind Aufgabengebiete des eingerichteten Kontrolldienstes. Hier bestehen zum Teil ungeheure Hinterziehungen, Betrügereien und Mißstände, die aufgedeckt worden sind. Warum erfolgen hierüber denn keine Veröffentlichungen?

Die Meldung der Reichsanstalt ist eine Tendenzmeldung. Sie erweckt den Eindruck, als seien es nur Arbeitslose, die die Reichsanstalt zu schädigen suchen, sie deckt den Rammel christlicher Nächstenliebe über die viel größeren Schädigungen durch die Unternehmer.

Der Streik in den Wurstfabriken.

Gescheiterter Einigungsversuch.

Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses, Gewerberat Körner, hat den Versuch gemacht, den Streik in den Wurst- und Fleischwarenfabriken beizulegen.

In einer von ihm am Dienstag herbeigeführten unverbindlichen Aussprache zwischen den bisherigen Tarifparteien unterbreiteten die Vertreter des Verbandes der Fleischwarenfabrikanten den Unterhändlern der Streikenden ein neues Angebot. Danach sollen die Löhne der Fleischergesellen mit Verantwortung, die im Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses von 1,15 M. auf 1,03 M. gelenkt werden sollten, „nur“ bis auf 1,06 M. abgebaut werden, die der Fleischergesellen ohne Verantwortung von 1,01 M. auf 95 Pf. anstatt auf 93 Pf. und die Löhne der übrigen Arbeiter in dem gleichen Prozentverhältnis wie die Löhne der Fleischergesellen ohne Verantwortung. Hinsichtlich des Urlaubs sollte der Streik, der natürlich sofort abbrechen wäre, nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses gelten. Alle Arbeiter sollten wieder eingestellt werden, „soweit eine Beschäftigungsmöglichkeit gegeben ist“. Bei Einstellungen in den nächsten fünf Monaten sollten nur Mitglieder der Tarifgewerkschaften eingestellt werden, die nach Abbruch des Streiks nicht wieder in die Betriebe gekommen sind. Das Lohnabkommen sollte bis 31. Dezember 1932 gelten. Im Juni sollten

aber noch Verhandlungen aufgenommen werden über Um- und Reingruppierungen von Arbeiterkategorien im Tarifvertrag, von deren Ausgang es abhängen sollte, ob das Lohnabkommen nicht schon am 31. Juli wieder außer Kraft tritt. In den Manteltarif sollte die Klausel hineingearbeitet werden, daß vor Beendigung eines Schlichtungsverfahrens von beiden Seiten eine Kampfhandlung nicht aufgenommen werden dürfe.

Dieses Angebot ist gestern vormittag in einer Versammlung der freigemeinnützigen organisierten Streikenden mit Zweidrittelmehrheit abgelehnt worden. Den Streikenden ist nicht nur das Abweichen von den Lohnsätzen des Schiedsspruches zu gering, sondern auch die Schnelheit der Unternehmer nach Verhandlungen über Um- und Reingruppierungen im Lohnschema höchst bedenklich; sie vermuten darin nicht zu Unrecht ein Verlangen nach einem nochmaligen Lohnabbau auf Umwegen. Der Streik geht also unvermindert weiter.

Für die Esha-Werke war bekanntlich der inhaltlich gleiche Schiedsspruch gefällt worden wie für die Arbeiterschaft in den Betrieben des Verbandes der Fleischwarenfabrikanten. Die Verhandlungen über den Antrag der Firma auf Verbindlich-erklärung des Schiedsspruches, die zu heute, Donnerstag, angelegt waren, sind auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

Keine Einigung im Bauschlosserverstreik.

Wie im „Vorwärts“ bereits mitgeteilt, hatte der Schlichter für den Bezirk Brandenburg die bisherigen Kontrahenten des Lohn-tarifvertrages für die Berliner Bau- und Geldschrankschlossereien zu gestern vormittag zu Verhandlungen geladen. Der Schlichter machte den Versuch, den Streit der Bau- und Geldschrankschlosser durch eine Verständigung zwischen den Parteien beizulegen. Die Bemühungen des Schlichters blieben aber erfolglos, so daß die Verhandlungen abgebrochen werden mußten.

Der Streik, der sich gegen den Abbau der Tariflöhne der Bau- und Geldschrankschlosser um 5,7 Proz. und den Abbau der über-tariflichen Verdienste durch die Beseitigung einer Sicherungsklausel für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen im Lohn-tarifvertrag richtet, geht unverändert weiter.

Der Wille zum Beruf.

Junge Metallarbeiter erzählen.

Es ist viel, wenn junge Menschen heute bekennen, daß sie den Glorien an ihren Beruf und den Willen zu ihm nicht verloren haben. Solche Feststellung bedeutet mehr als nur Bekenntnis zur Arbeitsbereitschaft, mehr als die Sehnsucht, Hände und Geist zu rühren, das Brot, das man ißt, auch selber zu verdienen. Der Beruf ist jene Arbeit, zu der man ein persönliches Verhältnis gewonnen hat, die man liebt, in der man sich gern weiterbildet, in der man vorwärts kommen möchte.

Solange er an seinen Beruf glaubt, sucht er gerade in der Zeit der Arbeitslosigkeit jede Möglichkeit zur Fortbildung, jede Gelegenheit, die einst erworbenen Kenntnisse zu sichern. „Junge Metallarbeiter erzählen über ihren Willen zum Beruf“, hieß ein vor dem Mikrophon der Funkstunde behandeltes Thema. Heinrich Hellwig leitete die Aussprache, die er offensichtlich in keiner Weise beeinflusste, sondern nur durch ein geschickt ordnendes unauffälliges Eingreifen der zur Verfügung stehenden Zeit anpaßte. Die jungen Menschen konnten so wirklich ihre persönliche Meinung darlegen.

Sie berichteten von vielem Unerfreulichen und von manchem Erfreulichen aus ihrer Lehrzeit und von dem, was sie in den kurzen Freistunden zu ihrer Weiterbildung unternahmen: Besuch sachlicher Zeichen- und anderer beruflicher Fortbildungskurse, Unterricht in fremden Sprachen. Und dann die Einigung des Arbeitsmarktes; Verlust der Arbeitsstelle, ohne Aussicht, in nächster Zeit eine andere zu finden.

Der eine Jugendliche bekannte, daß er da Kurse Kurse sein ließ. Die Mutlosigkeit hatte ihn gepackt. Doch heute arbeitet auch er wieder in einem Berufsschulstufkurs; er hat seinen Willen zum Beruf wiedergefunden. Denn, wie einer der Ausspracheteilnehmer richtig sagte, gilt es, für den jungen Menschen besonders für die Arbeit bereit zu sein, die ja wiederkommen muß.

Doch die Fragen von Arbeit und Arbeitsnot werden heute entscheidender als je auf dem Felde der Politik ausgetragen. Deshalb war es so besonders wichtig, daß ein Jugendlicher seine Kameraden darauf hinwies, an die Berufsbildung nicht allein zu denken, sondern auch an jene geistige, die dazu dienen soll, der beruflichen ihr Ziel zu sichern. „Wir müssen alles daran setzen, die Verhältnisse zu ändern.“

WGS, Bahnhof 13 Halensee. Freitag, den 8. Juni, 10 Uhr, bei Seemann, Reichliche Str. 42, Fraktionsversammlung mit „Sympathisierenden“, Politische Lage in Preußen. Ref.: Paul Bernheim.

Kölnung, Puchendorf 11, Bezirk (Kocharbeiten): Die diesmalige Bezirksversammlung in Verbindung mit der Begehung des Gedächtnistages Klingenberg findet am kommenden Sonntag, 5. Juni, statt. Treffpunkt 6 1/2 Uhr vor dem Werk. Verbindung: Straßenbahn 13. — Die Bezirksleitung.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, Donnerstag, 2. Juni, um 19 1/2 Uhr, laden die Stuppen: Scharf, Jugendheim Reichberger Str. 66, Heimbesprechung, Bezirksabend. — Tempelhof: Jugendheim Ungarn Germaniastr. 4-6. Der Zugang erfolgt durch den Eingang Oststraße, auf der hinteren Seite der Schule, Heimbesprechung, Vorkonferenz. — Köpenick: Jugendheim Köpenicker Str. 18-19, Heimbesprechung, Verbandsschichtkontrolle. — Stettin: Jugendheim 17, Volkshaus, Gartenplatz, Reichplatz, Einheitsstelle Autobus 31, Bus und Kibel. — Schöneberg: Jugendheim Reichstr. 18, Heimbesprechung, Verbandsschichtkontrolle. — Brandenburger Platz: Jugendheim Dirlmeierstr. 4, Heimbesprechung. — Nichtenberg: Jugendheim Dörfelstr. 22, Heimbesprechung und Verbandsschichtkontrolle. — Neu-Weißensee: Jugendheim Guterstr. 44, Heimbesprechung. — Gellertbrunn: Jugendheim Rote Schule, Guterstr. 2, Heimbesprechung, Fraktionsbesprechung. — Köpenick: Jugendheim Grünauer Str. 6 (Nähe Bahnhof Spindlersfeld), Heimbesprechung. — Schleisschke: Jugendheim Mantelstr. 7. Wir eröffnen die Gruppe mit Rache John. — Gewerkschaftshaus: Jugendheim Gewerkschaftshaus, Engelstr. 60/1, Heimbesprechung. — Siemensstadt: Jugendheim 11. und 13. Volkshaus, Siemensstadt, Schulstr. 14/15. Wir eröffnen die Gruppe mit Lichtbildern: „Aus dem Leben der FGG“. — Wir schließen ab 18 Uhr: Arria Obersee: Reichplatz; Scharf: Tempelhof, Wiese 8 und Volkspark Neutempelhof; Köpenick: Volkshaus, Nordend; Köpenick: Volkshaus, Nordend; Köpenick: Volkshaus, Nordend; Köpenick: Volkshaus, Nordend. — Jugendgruppe des Verbandes der Nahrungsmittele- und Getreidearbeiter: Heimbesprechung, anschließend: Unter Weidels gehalten den Abend aus. — Jugendgruppe des Deutschen Metallarbeiterverbandes: Schöneberg, Tempelhof, Wiese 8. — Jugendgruppe des Deutschen Metallarbeiterverbandes: Um 19 Uhr im Sitzungssaal des Verbandshauses, Dirlmeierstr. 4-6, Konferenz der Jugendlichen Vertrauensleute. — Jugendgruppe des Deutschen Baugewerksverbandes, Maurer: Brandenburger Jugendheim Grotzenstr. 96.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angefallenen

Heute, Donnerstag, finden folgende Veranstaltungen statt: Wochen: Jugendheim Köpenicker Str. 19, Kassenratung. — Tempelhof: Reichplatz, Jugendheim Reichplatz, 14 (großer Saal), Abendbesprechung. — Offen: Jugendheim der Schule Köpenicker Str. 18, Vortrag, „Jugend im Recht“, Referent: Dr. Weimann. — Tempelhof: Jugendheim Dirlmeierstr. 4, Kassenratung; Unterstellung zur Arbeitslosenunterstützung. — Köpenick: Volkshaus, Nordend. — Die „Freie Jugendbewegung“ e. G. m. b. H. tagt heute von 20-22 Uhr im Verbandshaus. — Spiele im Freien: Heute ab 18 Uhr Sportplatz Tiergarten.

Verantwortlich für Politik: Dietrich Schell; Reichliche Str. 6, Klingelberg; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Friedrichstr. 2, John Schillingstr. 1, Köpenick; Köpenick: Freigewerkschaft, Köpenick; Köpenick: Köpenick in Berlin. — Berlin: Sozialistischer Bund e. G. m. b. H. Berlin. — Druck: Sozialistische Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, Seite 2 Kellogg.

Die Rätsel um Frau Ziehm.

Neue schwere Belastungen im Gubener Giftmordprozeß.

Guben, 1. Juni.

Die Beweisaufnahme im Giftmordprozeß gegen die Frauen Ziehm und Ladewig, die beschuldigt werden, den kleinen Karlheinz Ziehm ums Leben gebracht zu haben, wurde in den letzten Tagen fortgesetzt. Sie brachte weitere schwere Belastungen der beiden angeklagten Frauen.

Besonders dramatisch gestaltete sich die Vernehmung des Lehrers Ziehm, des Ehemannes der Angeklagten. Wie in der Nacht, als der jüngste Sohn des Zeugen in Kunzendorf verbrannte, so hatte auch in der Todesnacht des kleinen Karlheinz Frau Ziehm ihren Mann abholen wollen. In beiden Fällen war das für die Kinder bestimmte Zimmer verschlossen gewesen. Als Ziehm selbst einmal schwer krank war, rang ihm seine Frau ein Testament ab und versteckte es dann unter ihrer Steppdecke. Der Rektor Müller aus Kunzendorf befandete unter ergriffener Spannung der Hörer, daß der kleine Ziehm einmal nach dem Unterricht unter den Bänken nach Brot gesucht und gierig in eine gefundene Brotkruste gebissen habe. Lehrer Liebig sagte aus, daß er am Abend nach der Beerdigung des verbrannten Kindes Frau Ziehm durch mehrere Wände hindurch hell habe aufschreien hören. Der Gemeindevorsteher erklärte, ganz Kunzendorf sei damals der Meinung gewesen, es habe Brandstiftung vorgelegen. Eine Nachbarin gibt an, daß der später durch Chlorkali umgekommene Junge einmal halb erstickt zu ihr kam, weil er trotz bitterster Kälte nur einen Sweater und dünne Höschen anhatte.

Am Dienstag wurde Lehrer Ziehm über den Tod des ältesten Jungen gehört. Die Eltern schliefen in einem, Frau Ladewig und der Junge im anderen Zimmer. Ziehm sagte: Wir waren noch nicht eingeschlafen, da ertönte ein schriller, gellender Schrei aus dem Zimmer des Kindes. Wir stürzten hin. Der Junge lag mit dem Oberkörper über dem Bett der Schwiegermutter, die nicht im Zimmer war. Da ich im Kriege viele Vergiftete gesehen habe, sah ich, was los war und rief: Der Junge ist vergiftet! Der Körper des Jungen bäumte sich auf, Karlheinz konnte kein Wort mehr sagen und seine Augen waren gebrochen. Meine Schwiegermutter sagte, der Junge sei wahrscheinlich an einem Herzfehler gestorben, worauf ich sie anbrüllte, daß Karlheinz niemals herzkrank gewesen sei. Meine Frau verlangte, daß der Junge eingäschert werden solle.

Am Mittwoch gab es eine sensationelle Wendung. Der Staatsanwalt hatte einen Zeugen namens Kaspar aus Berlin telegraphisch geladen. Er war als Soldat während des Krieges auf ein Jahr zur Abdeckerei des Kaufmanns Winkel in Potsdam kommandiert, über dessen Beziehungen zur späteren Frau Ziehm von uns berichtet wurde. Kaspar ist von der Arbeit häufig mit dem damaligen Fräulein Ladewig, der späteren Frau Ziehm, zusammen nach Hause gegangen. Später, nach dem Kriege, kam Fräulein Ladewig zu ihm ins Geschäft und sagte: „Herr Kaspar, Sie können gut verdienen, wenn Sie etwas für mich vollbringen.“ Auf die Frage, um was es sich handele, meinte sie: „Sie müssen Frau Winkel eins auswischen und sie zu diesem Zweck nach Potsdam locken. Sie muß allerdings so eins abbekommen, daß sie nicht wieder aufsteht.“ Er habe daraufhin Fräulein Ladewig aus dem Laden gewiesen. Die Aussage erregte beim Gericht und im Zuhörerzimmer ungeheures Aufsehen. Frau Krüger, eine Mitbewohnerin im Ziehmschen Hause, betonte, daß Frau Ziehm und ihre Mutter in der Todesnacht des Jungen mehrmals miteinander tuschelten. Frau Krüger war es, die in Frankfurt für die Angeklagte das chlorsaure Kali in einer Drogele einkaufte und nachher von Frau Ziehm zu einem Weineid angeregt wurde.

Frau Ziehm hat ihre Taktik, alle Aussagen, die gegen sie sprechen, als Lügen zu bezeichnen, nicht geändert. Wiederholt

ermahnte sie der Vorsitzende, von dieser Methode zu lassen und ihr Gewissen zu erleichtern. Frau Ziehm beteuerte immer wieder, daß sie unschuldig sei und niemals einem Menschen das geringste Leid angetan habe.

Die Aussage des Arztes.

Als nächster Zeuge wurde der Arzt des Fürstener Krankenhauses, Dr. Kahlisch, vernommen. In der Bußtagnacht wurde er eine Viertelstunde nach ein Uhr zu Ziehms gerufen. Gegen 1/2 Uhr traf er dort ein. Er stellte fest, daß das Kind in den letzten Zudungen lag und keinen Pulsschlag mehr hatte. Seine einstündigen Bemühungen blieben erfolglos. Seinen Verdacht, daß hier eine unnatürliche Todesursache vorlag, behielt er für sich. Der Tod des Jungen trat fünf Minuten nach seiner Ankunft, also etwa 1.35 Uhr, ein. Herr Ziehm war ganz verzweifelt und rief aus: Zwei Kinder in einem Jahre zu verlieren, das ist bitter! Als der Zeuge aus dem Sterbezimmer herausging, begegnete ihm Frau Ladewig. Sie fragte: Was ist los. Der Arzt war natürlich bei dieser Frage vollständig verblüfft und sagte nur: Das Kind ist tot. Daraufhin sah ihn Frau Ladewig mit einem vernichtenden Blick an, drehte sich um und verschwand wortlos in der Küche. Frau Ziehm schrieb bei der Nachricht, daß der Junge nicht mehr zu retten sei, furchtbar auf und lief, wie von Furien verfolgt, durch die Wohnung. Der Zeuge benachrichtigte erst die Kriminalpolizei, als am nächsten Morgen Herr Krüger von ihm einen Totenschein haben wollte und dabei die Frage stellte:

Ist Chlorkali eigentlich giftig?

Er erkundigte sich nach den näheren Zusammenhängen und erfuhr von dem Kauf des Chlorkalis. Als besonders merkwürdig empfand er das Verhalten der Frau Ziehm, die nach Beendigung seiner Bemühungen um die Wiederbelebung des Kindes hin und her lief, laut aufschrie und sich die Haare rautte. Auch das Verhalten der Frau nach dem Tode hielt er für wenig würdevoll. Frau Ladewig hat ihm noch am gleichen Abend gesagt, daß sie dem Jungen nach ihrer Rückkehr von den Bekannten, also etwa gegen 1/1 Uhr, ein Glas Wasser gegeben habe. Hinterher machte Frau Ladewig widersprechende Angaben. Einmal bestritt sie, dem Jungen Wasser gegeben zu haben. Dann behauptete sie, es sei Kaffee gewesen. Augenblicklich bleibt sie dabei, ihm überhaupt nichts gegeben zu haben. Nach seiner Meinung müsse die Vergiftung mit dem Glas Wasser erfolgt sein, und zwar muß das Wasser mit dem Gift etwa 15 Minuten vor dem Schrei dem Jungen gegeben worden sein. Dies ist das erste wichtige Sachverständigenurteil des Prozesses.

Zum Schluß der heutigen Verhandlung machte der Chauffeur Rewald, der Dr. Kahlisch zu Ziehms gefahren hatte, noch eine äußerst belastende Aussage. Als er auf den Doktor im Krankenhaus wartete, kam Frau Ziehm aus dem Sterbezimmer und sagte zu Frau Ladewig: Gott sei Dank, er ist schon tot. Hierauf erwiderte Frau Ladewig: Dazu bin ich nun hierher gekommen. Frau Ziehm: Das wäre ja eine Koheit sondergleichen von mir, wenn ich das gesagt hätte. Ich habe gesagt: Ach Gott, jetzt ist der Junge tot. Trotz Ermahnungen des Vorsitzenden, der dem Zeugen vorhielt, daß wir alle nur Menschen seien und uns irren könnten, blieb der Zeuge bei seiner Aussage, die für Frau Ziehm äußerst belastend ist, und beschwor sie.

Eine neuartige Verkehrsregelung wird am heutigen Donnerstag zum erstenmal an der Ecke des Kursfürstendamms und der Leibnizstraße durchgeführt, um den plötzlichen Richtungswechsel zu vermeiden. Das gelbe Licht soll noch vor Erlöschen des grünen Lichtes eingeschaltet werden. Durch diese Schaltweise soll der jetzt unmittelbar einsetzende Richtungswechsel vorbereitet werden.

Ein Zögling sagt aus . . .

Erschütterndes Martyrium bei der Innern Mission.

Die Prenzlaue Sonderstrafkammer verhandelte gestern in den Prozeß gegen die Prügelpädagogen von Waldhof in der Stadt Templin. Im Mittelpunkt der Verhandlung stand der traurige und erschütternde Bericht eines mißhandelten jungen Menschen.

Zunächst wurden die letzten drei Angeklagten vernommen. Der Wohlfahrtspfleger Teschler und der Erzieher Anublauch unter Ausschluß der Öffentlichkeit über die ihnen zur Last gelegten fittlichen Verfehlungen an mehreren Zöglingen und der Erzieher Wenda über die Mißhandlungen von Zöglingen in drei Fällen. Dieser Wenda, noch ein ganz junger Mensch, der aus der Jugendbewegung kommt, ist unter den Angeklagten der sympathischste, und um so niederschmetternder, daß auch er der Ansicht ist, daß es in einer Anstalt wie Waldhof, die besonders schwierige Jungen betreue, nicht möglich sei, ohne „drahtische“ Maßnahmen auszukommen. Selbst Ohrfeigen genügen da nicht.

Den Höhepunkt der gestrigen Verhandlung bildete aber die Aussage des früheren Zöglings von Waldhof, H. In einer fast erschütternd ruhigen Art, ohne die geringste Gehässigkeit, als lägen die Dinge weit zurück, schilderte er sein eigenes Martyrium in dieser Erziehungsanstalt der Innern Mission. Er hatte einen Diebstahl begangen und erhielt zehn Wochen Arrest, darunter eine Nacht Dunkelarrest, keine Freistunden, aber Ohrfeigen vom Direktor Grüber. Von Franke wurde er vier Tage hintereinander mit drei Stöcken in einer Weise bearbeitet, daß die Stöcke an ihm zerbrachen. Der Angeklagte Franke sieht freideutlich da. Er sagt zum Zeugen. Du hast gut gelogen. — Vielleicht lügen Sie, Herr Franke, wirft Rechtsanwalt Dr. Löwenthal dazwischen. Franke, mit geballten Fäusten: Wiederholen Sie, was Sie gesagt haben. Dr. Löwenthal: Vielleicht lügen Sie. Franke: Verteidiger (zum Gericht): Ich bitte doch, meinen Mandanten in Schutz zu nehmen. Landgerichtsdirektor Achilles: Ich sehe keinen Grund dazu. Ihr Mandant hat den Zeugen der Lüge bezichtigt. Die Worte des Verteidigers waren nur eine Antwort darauf.

Die Stadtamtmännin, Frau Todenhausen, jetzt Leiterin des Kinderkinderheimes in Zehlendorf, befragte über ihre Erfahrungen mit der Erziehungsanstalt Waldhof folgendes: Es sind wiederholt Beschwerden eingegangen. Direktor Grüber hat dauernd versprochen, Änderungen zu schaffen. Es geschah aber nichts. Bei den Untersuchungen kam nie etwas heraus. Franke jubte nur mit den Achseln, Direktor Grüber deckte alles. Das Prügeln war vom Landesjugendamts aus strengste verboten. Auch der Arrest in der Zelle, wie diese beschaffen war, war unstatthaft. Die Belichtung ungenügend, ebenso die Luftzufuhr.

Der frühere Leiter des Landesjugendamts, der Obermagistratsrat Knauth, und der Pfarrer Grüber sind erst Freitag an der Reihe.

Mit Hitler: Heil und Rübenfaff.

So sollen die Menschen kuriert werden.

Mehrere Tage hat die Potsdamer Strafkammer gegen den Naturheilkundigen und Schriftsteller Albin Rath aus Werder a. d. Havel verhandelt, dem Betrug zur Last gelegt wird. Der Angeklagte war seinerzeit vom Potsdamer Schöffengericht wegen Betruges zu 4000 M. Geldstrafe verurteilt worden und hatte gegen das Urteil Berufung eingelegt.

Rath behandelt seine Patienten, die zu tausenden zählen, mit einer sogenannten Fernbehandlung, die darin bestand, daß er den Patienten, ohne sie überhaupt gesehen, geschweige unterlucht zu haben, durch Prospekte gymnastische Übungen und Rote-Rüben-Kuren verordnete. Diese Methoden wurden auch Krebskranken, Tuberkulösen und Herzkranken verordnet. Die Kosten dieser Behandlung richteten sich nach der Zimmerzahl, die die

die Lösung!

in dem dazu passenden neuen Rasier-Apparat „Rotbart/Mond-Extra“, zusammen mit der neuen Rasier-Creme „Rotbart“, machen das Rasieren jetzt zu einer angenehmen Körperpflege.

Die neuen Langlochklingen passen auch auf die Apparate alten Systems. Ein noch besseres Rasieren gewährleistet aber der neue Apparat.

ROT BART MOND-EXTRA

Roth-Büchner G. m. b. H., Spezialfabrik für Rasierapparate und Rasierklingen, Berlin-Tempelhof

Patienten bewohnten. Hatte einer eine große Wohnung, mußte er für die gymnastische Verordnung 90 M. und mehr bezahlen. Zum Beweise seiner angeblichen Wunderkuren stellte der Angeklagte einen 80-jährigen Patienten vor, der zum Gaudium der zahlreichen Zuhörer im Gerichtssaal eine „Kerze“ machte, einen Salb mortale schlug und Rücken- und Brustbewegungen zeigte. Die Bitte eines Schwerekranken, ihn umsonst zu behandeln, hatte der Angeklagte abgelehnt. Raab bezeichnet sich als „Messias der Menschheit, der die Fäulnis der letzten Jahre austreiben will“.

Die Strafkammer verworft die Berufung des Angeklagten, so daß es bei 4000 M. Geldstrafe verbleibt. Beim Verlassen des Gerichtssaals rief der Angeklagte: „Heil Hitler, jetzt werde ich euch zeigen, was ich kann.“

Nazis beschließen Reichsbanner! Gemeiner Ueberfall auf Jungbannerteute.

In der Rosenhaller Straße verübten gestern Abend etwa 15 Nationalsozialisten einen gemeinen Ueberfall auf Mitglieder des Jungbanners.

Zwei Jungbannerteute wurden von der nationalsozialistischen Meute umringt und mit allen möglichen Schlaginstrumenten von den Hitler-Banditen bearbeitet. Zum Glück kamen mehrere ältere Reichsbannerleute des Weges, die den Bedrängten zur Hilfe eilten. Jetzt ließen die Hitler-Banditen von ihren Opfern ab, ergriffen die Flucht und feuerten eine Reihe von Schüssen auf die Reichsbannerleute ab. Dann zogen sich die Nazi-Verbrecher in ihr Quartier, „Bögum-Quelle“, in der Großen Präsidentenstraße zurück, von dem schon mehrfach gemeine Ueberfälle auf friedliebende Staatsbürger in Szene gesetzt worden sind.

Wie wir erfahren, wurden neben sechs Nationalsozialisten auch zwei Reichsbannerleute der Politischen Polizei geführt. Die festgenommenen Nationalsozialisten hatten sich noch vor der Festnahme ihrer Schußwaffen entledigt.

Nazis als Abzeichenräuber.

Ein Zeitungshändler der republikanischen Zeitung „Marm“, der gestern nachmittag an der Ecke Bülow- und Potsdamer Straße stand, wurde von drei uniformierten Nationalsozialisten überfallen. Die Burtsche entriß dem Händler 50 Abzeichen der „Eisernen Front“ und flüchtete. Die Verfolgung der jungen Nazis, die in einem Haus in der Kurfürstenstraße verschwanden, verlief zunächst ergebnislos. Der „Marm“-Händler nahm also seinen Stand wieder ein. Nach einiger Zeit sah er einen der Abzeichenräuber — nun aber in Zivil — über die Potsdamer Straße gehen. Der Burtsche wurde von der Polizei festgenommen und zum nächsten Revier gebracht. Nach anfänglichem Beugnen gab der 18-jährige Nationalsozialist zu, an dem Vorfall beteiligt gewesen zu sein. Die Abzeichen will er jedoch nicht gestohlen haben und seine Kumpane natürlich nicht kennen; er wurde der Politischen Polizei übergeben, der es bald gelingen dürfte, auch die beiden anderen Täter zu ermitteln.

Tumulte am Potsdamer Platz. Kommunisten zertrümmern Fensterscheiben.

In den gestrigen späten Nachmittagsstunden ritten sich am Potsdamer Platz größere Trupps Kommunisten zusammen, es bildete sich wie auf Kommando ein mehrerer hundert Mann starker Demonstrationzug. Hoch- und Niederrufe ertönten. Als einige Verkehrsbeamten eingreifen wollten, warfen die Demonstranten mit Steinen. Vor dem Restaurant „Pischorr“ am Potsdamer Platz baute sich eine größere Menschenmenge zusammen und durch Steinwürfe wurden einige Fensterscheiben des Lokals zertrümmert. Bei dieser völlig sinnlosen Aktion verhehrt Halbweidiger wurde eine Angestellte des Restaurants durch einen Steinwurf am Kopf verletzt. Das Mädchen wurde zur Rettungsjelle in der Eichhornstraße gebracht. Es war hier dieselbe Taktik und dasselbe Manöver, das am Vorlage die Nazis beim Aufmarsch der Marinewache anwandten, wo auch die Polizei in unerhörter Weise provoziert wurde. Diesmal konnte jedoch durch das Einlegen mehrerer Schupoabteilungen die Ruhe sehr schnell wieder hergestellt werden.

Da erneute Zusammenrottungen in der Leipziger und Friedrich-

Devaheim-Wirtschaft.

Wie man mit fremden Gelde um sich warf.

Im Devaheim-Prozess wurde gestern nachmittag noch einmal Direktor Dr. Both, der Vorstandsmitglied des Devaheim-Konzerns war, als Zeuge gehört.

Er schilderte zunächst, daß er im März 1930 zuerst als Sekretär des Generaldirektors Jappel in den Konzern eintrat, um sich über das Bausparwesen zu informieren. Die Verteilung hielt dem Zeugen vor, daß er zunächst eine reine Volontariatsstelle bekleidet habe, dafür aber ein Gehalt von 750 M. monatlich bekommen habe. Diese Tätigkeit habe etwa 8-10 Wochen gedauert, dann habe er, wie er weiter schilderte, drei Wochen mit der Aufstellung eines rechnerischen Plans über die Entwicklung einer Gruppe von 100 Bausparern zu tun gehabt. R.-A. Dr. Köhring: Für diese Arbeit haben andere Angestellte einen Tag gebraucht. — Staatsanwalt: Aber mit welchem Resultat. Es wäre besser gewesen, wenn die anderen auch drei Wochen daran gearbeitet hätten. — Direktor Both bekräftigte weiter, daß er wegen Differenzen mit dem Angeklagten Pastor D. Cremer und dem Generaldirektor Jappel schließlich aus dem Vorstand des Devaheim-Konzerns ausgeschieden sei. Schon im November 1930 habe er an Pastor Cremer einen Brief geschrieben, daß die Devaheim in der nächsten Zeit 2½ Millionen Bauspargelder auszahlen müsse und nicht über diese Mittel verfüge.

Wie man mit dem Gelde der Gesellschaft wirtschaftete, zeigte das Gutachten des Autopschwerfändigen Polizeihauptmann a. D. Fiedler. Der Chauffeur konnte machen, was er wollte, niemand kontrollierte seine Ausgaben. Natürlich glaube er, daß bei einem so großzügigen Arbeitgeber das Teuerste und Beste, so reichlich wie möglich eingekauft, gerade gut genug sei. Daß es aus fremden Taschen ging, war nicht seine Angelegenheit. Allgemeine Heiterkeit

löste die Feststellung des Sachverständigen aus, daß der Chauffeur in einem Jahr nahezu einen halben Zentner Buglappen liquidiert hatte, die Zahl der Buglader war so groß, daß man sich davon einen kompletten Lederanzug hätte machen können. Auch für das Vulkanisieren von Reifen und für Reparaturen, sogar für das Nachstellen von Bremsen, was nach Ansicht des Sachverständigen von dem Chauffeur sehr leicht hätte selbst gemacht werden können, waren erhebliche Beträge verwendet worden. Bei sparsamerer Wirtschaftsführung hätten die Kosten um 17-20 Proz. also um etwa 3000 M. im Jahr, geringer hätten sein können.

Die Verhandlung wurde dann schließlich auf Donnerstag früh vertagt.

Die Enttäuschten appellieren an die Kirche.

Die Versammlung der Devaheim- und Deuzog-Gläubiger saßte auf Grund eines Referats des Konkursverwalters und der Ausführungen von Mitgliedern des Gläubigerausschusses eine Entschliessung, wonach die bei Konkursbeginn vorhandene Masse in schwerer gemeinsamer Arbeit nicht nur erhalten, sondern vergrößert werden sei. Die vorhandene Konkursmasse stelle heute einen Wert dar, der unbedingt für die Befriedigung der Gläubiger erhalten werden muß. Dieser Wert kann nur erhalten werden, wenn die von der Kirche an den Konkursverwalter gegebene verbindliche Zusage umgehend eingelöst wird. Die Gläubigerversammlung richtet, wie dies auch schon der Konkursverwalter getan hat, hiermit die erneute Aufforderung an die Kirche, ihrer Verpflichtung nachzukommen. Rummehr ruht alle Verantwortung bei der Kirche und der Inneren Mission.

straße befürchtet wurden, trafen Schupo-Schnellwagen und berittene Schupo in Aktion, die unaufhörlich die Straßen patrouillierten. Während es in der Innenstadt zu weiteren Zwischenfällen nicht mehr kam, randalierte gegen 18 Uhr ein abgedrängter Kommunistentrupp am Halleischen Tor. Auch an dieser Stelle konnte von der Polizei sehr schnell Ruhe geschaffen werden. Insgesamt wurden etwa zehn Rädelsführer festgenommen und der Politischen Polizei übergeben.

Ein Freispruch im Devisenschieberprozeß Aber Gefängnis für den Schweizer Kahn

Das Schöffengericht Berlin-Mitte, unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Neumann, verurteilte gestern Abend den Schweizer Weinhändler Maxil Kahn wegen sorgloser Bergehen gegen die Verordnung über die Devisenbewirtschaftung zu 6 Monaten Gefängnis und 6000 Mark Geldstrafe unter Anrechnung von 6 Wochen Untersuchungshaft und unter Aussetzung der Untersuchungshaft gegen eine Sicherheit von 15 000 Mark. Papiere im Werte von 320 000 Mark wurden für eingezogen erklärt. Der Berliner Bankier Robert Bernheim wurde freigesprochen, da ihm eine Mittäterschaft an den zwischen dem Angeklagten Kahn und dem durch Selbstmord getendeten Bankier Blum getätigten strafbaren Devisengeschäften nicht nachgewiesen werden konnte. Der Haftbefehl gegen ihn wurde aufgehoben.

Die Berufsschulbeiträge für 1932.

Der Stadtverordnetenversammlung ist die Vorlage über die Berufsschulbeiträge im Rechnungsjahr 1932 zugegangen. Vorgesehen sind Beiträge von den Gewerbetreibenden (mit Ausnahme der freien Berufe) für ihre Betriebsstätten im Gemeindebezirk in Höhe von 17 Proz. der Grundbeträge der Gewerbesteuer und 50 Proz. vom Grundbetrag der Lohnsummensteuer. Die nicht-gewerbetreibenden Arbeitgeber (einschließlich der freien Berufe) haben 3 M. für jeden von ihnen beschäftigten Kranken-, invaliden- oder unfallversicherungspflichtigen Arbeiter und Angestellten (einschließlich der Lehrlinge) zu zahlen, soweit die Jugend-

lichen der einzelnen bei ihnen beschäftigten Arbeiter und Angestellten gleichfalls berufsschulpflichtig sind. Der sich hieraus ergebende Betrag von rund 33 Millionen Mark ist bereits im Haushaltsentwurf für 1932 als Einnahme beim Berufs- und Fachschulwesen vorgesehen.

Krawall um einen Kautionschwindler.

Im Laufe des gestrigen Tages spielten sich im Osten Berlins vor dem Hause Cadiner Straße 16 ereignete Szenen ab.

Mehr als dreißig Personen forderten von dem Inhaber einer dort gelegenen Volkswerkstatt, dem 58 Jahre alten Kaufmann Richard Babuhn, die Rückgabe ihrer als Kautions abgegebenen Gelder. Es kam zu so heftigen Auftritten, daß die Polizei einschreiten mußte, und für den Kaufmann war es fast ein Glück, daß ihn die Kriminalpolizei wenige Stunden zuvor schon wegen Betruges verhaftet hatte, denn er wäre wahrscheinlich sonst der Wut der Betrogenen zum Opfer gefallen.

Schon im vergangenen Jahr schwebten gegen 2. mehrere Anzeigen wegen Kautionschwindsels, und er wurde deswegen zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, erhielt aber Bewährungsfrist. Diese nutzte er nun wieder aus, um erneut Kautionsbetrügereien zu verüben. Bisher sind bei der Kriminalpolizei über 50 Fälle bekannt geworden, bei denen es sich jeweils um Beträge bis zu 500 M. handelt. Er wechselt ständig seine Wohnung aus Angst vor seinen Opfern. Er suchte für seinen „Betrieb“ Chauffeurs, Mitfahrer, Kassierer und Boten, gab an zwei Autos zu unterhalten und enorme Kassenstände zu haben. Unter diesem Vorwand nahm er den Leuten die Kautionen ab. Als jetzt zahlreiche Anzeigen einliefen, griff die Kriminalpolizei zu.

Fünf Jahre Republikanischer Pfadfinderbund.

Der Deutsche Republikanische Pfadfinderbund hielt vor kurzem in Carlshafen an der Weser sein Bundestreffen ab. In den fünf Jahren seines Bestehens ist es dem Bunde gelungen, trotz aller Anfeindungen von rechts- und linksradikaler Seite seine Mitgliederzahl stark zu erhöhen. Das Bundestreffen in diesem Jahre stand unter dem Zeichen der allgemeinen Not, so daß die meisten Ortsgruppen nur ihre Führer entsenden konnten. Die



Oskar Wöhrlé
Jan Hus.
Der letzte Tag

Ihre vollen Lippen neigen sich heiß zu seinem Gesicht. Karel zittert noch mehr. Wird sie ihn küssen? Nein, die Lippen küssen nicht, sie befehlen: „Komm!“

Karel erschauert. Er löst sich von der Mauer. Tastend strecken sich seine mageren Hände vor. Wie ein Nachtwandler setzt er seine Schritte. Kleine Schritte sind es, als ob seine Füße gefesselt wären.

Er geht auf das Himmelbett zu, das voll Brokat prangt. Auf seinem Rand sitzt hochgerastetes Kleides die Königin. Ueber ihr, an der Wand, hängt mit ausgebreiteten Armen ein Schmerzensmann. Karel stürzt keuchend seiner eigenen Kreuzigung zu.

Dem tiefsten Schmerz ist die höchste Wollust verschwistert. Karel weiß nicht, wie viele Stunden, wie viele Jahre er hier verbracht hat. Er weiß nur, daß es sich ihm wie ein Brand entgegenwarf und daß es ihm die Seele aus den Blutadern sorgte.

Die Maße der Welt sind für ihn zerbrochen. Ein Funkenmantel hat ihn eingehüllt, Feuerhände haben ihn hingerissen. Karel hebt sich und schwebt. Karel schwebt als Feuerstern im leuchtenden Raum, einem mächtigeren Feuerstern begegnend. Die ungeheure Vermählung, die folgt, reißt nicht-brüllend das Tor zur Unendlichkeit auf. Zu Ewigkeiten dehnt sich die Fülle der stöhnenden Luft...

Als Karel wieder zur Erde kommt, sind alle Zeichen des Himmels verfliegen. Kein Funkenmantel deckt ihn mehr. Karel liegt nackt neben einem Weibe.

Noch nie bis jetzt hat er einen entblößten Frauenkörper gesehen. Es ist ihm alles unbekannt, was sein Auge erblickt: die im Atemstoß sich rhythmisch hebende Fülle der Brust, Macht und Pracht des Leibes, das Schenkelpaar, das milchige Licht des beruhigten Fleisches.

Karel staunt.

Unwirklich scheint ihm das alles, wie verhangen. Er braucht Zeit, um sich zurechtzufinden.

Ist das ein Traum, in dem er schwebt?

Aber, wenn das ein Traum ist, warum liegt dann nicht Luzia neben ihm? Warum ist er Gesell eines fremden Wesens, das er nicht kennt?

Eine zärtliche Stimme ruft seinen Namen.

Er will diese Stimme nicht hören. Er wühlt seinen Kopf in die Kissen. Er verschließt gewaltig Augen und Ohr.

Eine Hand tastet nach ihm; keine Hand des Zugriffs mehr, nein, eine unendlich gelöste Hand.

Aber er rückt mit Abscheu die Hüfte von ihr, als ob diese Hand eine stehende Ratter wäre.

Eine zärtliche Stimme klingt dicht über ihm.

Karel rührt sich nicht.

Die Stimme, die da redet, weckt kein anderes Echo in ihm, als Haß gegen sie, die Verfälscherin, ohnmächtige Wut gegen sich selber.

Ganz andere Stimmen gehen gegen ihn an:

Hier liegt du in den Betten einer Ehebrecherin, dir zum Ekel, deiner Knappenschicht zum Abscheu, zur Schande! Wie willst du bestehen, wenn dich Herr Kepka befragt? Wie willst du bestehen vor Luzias forschenden Augen?

Die Trauer und Trostlosigkeit aller Kreatur springt ihn an. Seele, wo ist da ein Ausweg?

„Knabe, du weinst?“

Das nackte Weib neben ihm faßt seine zuckenden Schultern. Er stößt es jäh von sich, rücksichtslos, heftig. Er kann keine Berührung von dieser Hand mehr ertragen.

Die Königin packt den Schoß des Widerstrebenden und zieht ihn mit Gewalt aus den Kissen. Sie will den Weinen zwingen, ihr in die Augen zu sehen.

Aber ihre Stimme ist gar nicht mehr zärtlich, nein, es liegt etwas von dem Frauchlaut einer gereizten Kage darin, als sie zwischen zusammengebissenen Zähnen hervorbricht:

„Küsse! Hörst du! Auf der Stelle küsse mich! Oder du sollst brennen wie morgen dein Hus!“

Und nun geschieht das Unbegreifliche, jene tolle Szene der Weltgeschichte, von der nur darum keine Chronik meldet, kein Historienbuch, weil deren Schreiber gemeinlich nur in den Vorzimmern schlafen und nie selbst dabei sind bei den Kämpfen und Krämpfen in der verduldeten Fürsinnen Betten und Kissen:

Karel schlägt der Königin, die nackt über ihm lauert, voller Wut ins Gesicht!

Blut springt ihr aus Nase und Mund, und mit einem Aufschrei sinkt sie zurück, als sei sie von einem Mörder getroffen.

Bis ihre Frauenzimmer sie finden, ihr ein Hemd überwerfen, dann nach Essigbüchern laufen und ihr die Ohnmacht und das verkrustete Blut aus dem mähhandelten Anfließ reiben, ist es späte Dämmerung geworden.

Breit klast das Fenster offen; vom See her kommt kühl ein Wind. Schon steht hoch im Osten Venus am Himmel, der Stern der Liebenden.

„Wo ist der Knappe?“

Sie mag fragen wie sie will, ihre Frauenzimmer zucken nichtwissend die Schultern und legen die boshaften Köpfe schief. Keine von ihnen hat das gelbe Wams fortgehen sehen.

Die Königin findet keine Ruhe. Sie wandert von Zimmer zu Zimmer, in ihrer Unrast einer gefangenen Wölfin gleichend. Bei der Tafel naher verweigert sie Speise und Trank. Nicht einmal die köstlichen, wie Sirup glänzenden äthiopischen Feigen rührt sie an.

Das Erlebnis mit diesem böhmischen Knaben sitzt ihr wie ein Stachel im Blut.

O, nur ihn finden! Sie will ja allen Stolz von sich tun! Wie die niederste Magd will sie sich vor Karels Türschwelle legen. Mag er über sie hinschreiten, mag er sie treten Das wird ihr Sühne und Auslöschung sein!

Sie will ausgehen und läßt sich ihren seidenen Ueberwurf bringen. „Nein, keine Sänfte!“ Sie winkt ab. Die Frauenzimmer folgen ihr. Am eisernen Gittertor, das vom hastigen Aufstoßen in den Angeln zittert, schießt sie alle zurück und tritt allein in die Gasse.

Sie mag laufen wie sie will, das ganze abendliche Konstantz ist auf den Beinen, Pfaffen und Valen streifen in großer Zahl, aber nirgendwo ist ihr Knabe Karel dazwischen.

Die suchende Königin biegt schließlich in die Gasse ein, wo die Herberge der Böhmen steht. Da wird sie auf dem Rückweg von einem abenteuerlustigen Bäuerlein aus der Höri angesprochen, das gern sein heut gelöstes Martgeld loswerden möchte. Tief bis zum Boden zieht es vor der verummten Frau sein zerfällenes Hütlein.

„Madam“, fragt das Männlein vom Lande, „seid Ihr eine Hur?“

(Fortsetzung folgt.)

Adelsregierung und Reichsfinanzen

Abchluß 1931/32 — Kein überschuldetes Erbe — Keine Ausrede bei Mißwirtschaft

Das Reichsfinanzministerium veröffentlicht heute den Rechnungsabchluß für den Reichshaushalt 1931. Infolge der ungeheuren wirtschaftlichen Erschütterungen, die vor allem von der Bankenkrise im Juli vorigen Jahres ihren Ausgang nahmen, haben sich naturgemäß die Reichsfinanzen erheblich anders entwickelt, als im Haushaltsplan vorgesehen war. Sowohl auf der Einnahmeseite als auch auf der Ausgaben Seite weist daher der Rechnungsabchluß gegenüber den Voranschlägen erhebliche Unterschiede auf.

Auf der Einnahmeseite

Sind einerseits große Mindereinnahmen, andererseits aber auch beträchtliche Mehreinnahmen zu verzeichnen. Die Mindereinnahmen sind vor allem durch die Ausfälle bei den Steuern und Zöllen in Höhe von 382 Millionen entstanden, die eine automatische Folge der weitesten Verschlechterung der Wirtschaftskrise sind. Außerdem hat das Reich einen planmäßigen Einnahmeausfall von 134 Millionen erlitten, weil der beabsichtigte Verkauf von Reichsbahnvorzugsaktien in diesem Umfang nicht durchgeführt werden konnte. Einschließlich einiger anderer kleinerer Posten ergeben sich insgesamt Mindereinnahmen von 552,8 Millionen. Diesen Mindereinnahmen stehen jedoch Mehreinnahmen von 437,1 Millionen gegenüber, wovon 416,3 Millionen auf die Einnahmen aus der Münzprägung entfallen.

Bei den Ausgaben

finden in erster Linie die Mehraufwendungen ihren Niederschlag, die das Reich für die von der Krise besonders schwer betroffenen Wirtschaftszweige machen mußte. So sind z. B. für die Sanierung der Banken 113,7 Millionen Ausgaben entstanden — die übrigens nur die erste Rate der Gesamtaufwendungen hierfür umfassen —, ferner für die Landwirtschaft 110,4 Millionen, für die Siedlung 42 Millionen usw. Außerdem hat das Reich in Not geratene Länder mit Darlehen in Höhe von 85,4 Millionen unterstützen müssen. Insgesamt ergaben sich auf diese Weise Mehrausgaben von 470,4 Millionen, denen 137 Millionen Minderausgaben gegenüberstehen, wovon etwa die Hälfte auf den Reichsanteil an der Krisenfürsorge entfällt.

Im Gesamtergebnis ist ein Fehlbetrag von 449,1 Millionen entstanden.

Aber zu diesem Fehlbetrag ist es nur gekommen, weil trotz aller unvorhersehbarer finanzieller Belastungen die vorgesehene gesetz-

liche Tilgung der kurzfristigen Schulden mit 420 Millionen planmäßig durchgeführt worden ist. Hätte man, was vernünftig gewesen wäre, in dieser Notzeit auf diese Schuldentilgung verzichtet, so wäre damit der allergrößte Teil des Fehlbetrages auch nicht in Erscheinung getreten. Infolgedessen ist auch der Stand der kurzfristigen Verschuldung des Reichs nahezu unverändert und von einer neuen Zerrüttung der Reichsfinanzen durch den neuen Fehlbetrag kann keine Rede sein. Im Gegenteil hatte die Kassenlage des Reichs sich in den letzten Monaten fühlbar erleichtert.

Die neue Regierung kann sich also nicht darauf berufen, daß sie eine überschuldete finanzielle Erbschaft angetreten hätte.

Sondern es muß schon heute mit aller Klarheit festgestellt werden, daß alles, was auf dem Gebiet der Reichsfinanzen sich in der Zukunft ereignen kann, unter die ausschließliche Verantwortung der neuen Regierung fällt.

Auch für das nächste Rechnungsjahr mußte bisher die Lage der Reichsfinanzen nach menschlichem Ermessen als gesichert gelten. Denn erst dem Reichshaushalt 1932 sollten die großen Mehreinnahmen und -Ersparnisse infolge der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 in vollem Umfang zugute kommen. Es wäre daher durchaus möglich gewesen, den Reichshaushalt 1932 ohne neue Einnahmen ins Gleichgewicht zu bringen. Wenn auch auf diesem Gebiet die neue Regierung versagen sollte, so wird sie sich ganz allein dafür die Schuld zuschreiben müssen.

Gewiß bleibt die Sanierung der Gemeindefinanzen nach wie vor das Kernproblem der deutschen Finanzpolitik, und die Sozialdemokratie hat ja seit Jahr und Tag immer wieder Wege zur Lösung dieses Problems gemiesen. Unter dem Druck dieser sozialdemokratischen Forderungen wollte endlich auch die Regierung Brüning in einer neuen Notverordnung die Sanierung der Gemeinden durchführen. Daß sie das aber tun wollte, ohne das System der Sozialversicherung zu zerlegen, ohne insbesondere die Arbeitslosenversicherung aufzuheben, das war mit einer Ursache für ihren Sturz durch die Kräfte der Rechten. An der Art und Weise, wie die neuen Männer dieses Problem lösen oder nicht lösen werden, wird die soziale Reaktion in allernächster Zeit ihr wahres Gesicht enthüllen müssen.

Ein Blick in die Zahlungsbilanz.

4,8 Milliarden sind im Jahre 1931 aus Deutschland abgeflossen.

Im 2. Maiheft von „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlicht das Statistische Reichsamts die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 1931 eine Veröffentlichung, der man nach den Ereignissen des vergangenen Jahres mit besonderem Interesse entgegenfah. Gerade die Ereignisse, sowohl sie Kapital- und Geldbewegungen über die Landesgrenzen nach sich ziehen, werden in einer Zahlungsbilanz festgehalten. Denn eine Zahlungsbilanz ist nicht wie die Bilanz einer Gesellschaft eine Vermögensaufstellung zu einem bestimmten Zeitpunkt; sondern sie verzeichnet die Forderungen und Verpflichtungen einer Volkswirtschaft gegenüber allen anderen Volkswirtschaften, die während eines bestimmten Zeitraums (hier also während des Jahres 1931) fällig geworden sind und tatsächliche Zahlungen über die Landesgrenzen bewirten. Es gehört zum Wesen der Zahlungsbilanz, daß sie stets ausgeglichen ist, solange die Währung fest bleibt.

Die deutsche Zahlungsbilanz (in Milliarden Mark):

Hauptposten	Forderungen		Verpflichtungen		Saldo
	1930	1931	1930	1931	
1. Warenverkehr.....	12,2	9,7	10,6	6,9	+ 2,8
2. Dienstleistungen....	1,0	0,6	0,8	0,5	+ 0,1
3. Zinsen.....	0,4	0,3	1,4	1,6	- 1,3
4. Reparationen.....	—	—	1,7	1,0	- 1,0
5. langfristige Kredite..	1,1	0,4	0,1	0,3	+ 0,1
6. Effektenbewegung..	1,4	0,7	1,3	0,7	+ 0,0
7. kurzfristige Kredite..	1,2	2,7	1,2	2,2	+ 0,5
8. Gold- und Devisenausgleich..	0,2	1,7	0,1	—	+ 1,7
9. Nicht aufgeschlüsselt..	—	—	0,3	2,9	- 2,9
	17,5	16,1	17,5	16,1	+ 0,0

Aus der Zahlungsbilanz für 1931 muß hervorgehen, wie hoch zahlenmäßig der Kapitalabzug durch die Weltwirtschaftskrise und durch die Kapitalflucht war und ferner, wie diese Posten aus Ausland bezahlt wurden. Die ungeheure Schwierigkeit, die Gesamtheit der zahllosen Kapital- und Geldbewegungen im internationalen Verkehr statistisch zu erfassen, macht bis ins letzte genaue Angaben unmöglich. Die nachweisbaren Forderungen übersteigen im Jahre 1931 die nachweisbaren Verpflichtungen um 2,9 Milliarden Mark. Da sich die fälligen Forderungen und Verpflichtungen aber stets ausgleichen müssen, ist Kapital in dieser Höhe tatsächlich aus Deutschland abgeflossen. Dieser Betrag erklärt sich aus Abzügen des Auslands, die nicht über die Banken liefen, aus Erhöhung der Kredite, die die deutsche Wirtschaft beim Export dem Ausland gewährte, und nicht zuletzt aus Kapitalflucht. Die deutschen Banken allein haben 1,9 Milliarden Mark Kapital verloren, so daß Deutschlands ganzer Kapitalverlust im Jahre 1931 sich auf 4,8 Milliarden Mark beläuft.

An Reparationszahlungen wurden im Jahre 1931 eine Milliarde Mark geleistet. Zinszahlungen auf Auslands-

kredite beliefen sich auf 1,6 Milliarden Mark. Weitens wichtigster Aktivposten der deutschen Zahlungsbilanz ist der Ueberschuß aus dem Warenverkehr in Höhe von 2,8 Milliarden Mark, der allerdings in der Hauptsache auf einen Rückgang der Einfuhr zurückgeht. Der Ueberschuß der Dienstleistungen — in erster Linie aus Schiffsverkehr — betrug nur noch 100 Millionen Mark. Im langfristigen Kapitalverkehr übertraf die Aufnahme von Krediten und Anleihen die Tilgung und Rückzahlung um 89 Millionen Mark.

Wenn auch die deutschen Banken den Abzug von ausländischen Krediten (1,9 Milliarden Mark) zum größten Teile durch Verminderung ihrer Auslandreserven (um 1,7 Milliarden Mark) ausgleichen konnten, so war doch der Ausgleich der deutschen Zahlungsbilanz im Jahre 1931 nur dadurch möglich, daß die Reichsbank 1,7 Milliarden Mark ihrer Gold- und Devisenvorräte verkaufte. Die Währungsreserven müssen immer dann eingesetzt werden, wenn die fälligen Forderungen und Verpflichtungen sich nicht ausgleichen. Die Stillhalteverträge haben verhindert, daß die Verpflichtungen in der deutschen Zahlungsbilanz so stark anstiegen, daß sie auch durch Hingabe der letzten Gold- und Devisenreserven nicht hätten gedeckt werden können.

1 Milliarde Dollar neue Steuern.

Auch Sparmassnahmen in Amerika.

Im amerikanischen Senat wurde das neue Steuerprogramm mit 72 gegen 11 Stimmen angenommen, das 1000 Millionen Dollar bringen soll. Die Unterschrift des Präsidenten wird vermutlich Ende dieser oder Anfang nächster Woche gegeben werden. Außerdem hat der Senat eine Resolution gefaßt, die gemäß einer von einer Unterkommission ausgearbeiteten Vorlage eine Herabsetzung aller Beamtengehälter um 10 Prozent vorsieht und zwar ohne Ausnahme. Damit ist der Hauptschritt zur Ausführung des Sparprogramms geschehen, dem eine Reduktion der Regierungsausgaben um 238 Millionen Dollar folgen soll, d. h. um denselben Betrag, wie die verschobenen Kriegsschuldzahlungen ausmachen würden. Im übrigen ist vom Senat in das Steuerprogramm auch eine Bestimmung eingefügt worden, die eine hundertprozentige Besteuerung aller Einkünfte aus Gesetzesübertretungen anordnet.

Der Senat stimmte ferner einer Betriebsstoff- und einer Umsatzsteuer zu.

Weltwirtschaftskonferenz in London.

Im Anschluß an eine Reihe telephonischer Besprechungen zwischen Macdonald und Stimson wurde der amerikanische Botschafter in London, Mellon, beauftragt, die Zustimmungserklärung der amerikanischen Regierung zur Einberufung einer Weltwirtschaftskonferenz in London zu überreichen. Der Gedanke zur Einberufung einer internationalen Konferenz zwecks Prüfung der für

eine Stabilisierung der Weltrohstoffpreise geeigneten Maßnahmen wurde der Regierung der Vereinigten Staaten durch eine Anfrage des britischen Botschafters in Washington nahegelegt.

Zündholzgewinne.

Produktion und Absatz der Deutschen Monopolgesellschaft gestiegen.

Das Geschäftsjahr 1931 der Deutschen Zündwaren-Monopolgesellschaft war das erste, das volle 12 Monate umfaßte (das Zündholzmonopol trat am 1. Juni 1930 in Kraft). Der Reingewinn ist mit 6,2 Millionen Mark im Vergleich zum Umsatz, der sich mit 18,3 Millionen Mark errechnen läßt, sehr hoch.

Dieses günstige Ergebnis ist eine Folge des steigenden Absatzes, der eine zweimalige Erhöhung der Produktionsziffern ermöglichte. Der Grund für die Besserung liegt darin, daß die Vorräte des Handels aus der Vorverjorgung vor Einführung des Monopols, besonders an russischen Zündhölzern, erschöpft sind. Die Monopolgesellschaft konnte auch ihren von der Svenska Tändsticks A. B. erhaltenen Betriebskredit von 5 Millionen Mark und ihren Bankkredit von 2 Millionen Mark zurückzahlen. Die Warenvorräte konnten von 6 auf 3,7 Millionen Mark abgebaut werden.

Von dem Reingewinn von 6,2 Millionen Mark erhalten die Aktionäre auf das Kapital von einer Million Mark (meist in schwedischen Händen) eine Dividende von 8 Proz. (also 80 000 Mark). Den Hauptteil des Reingewinns, nämlich 6,1 Millionen Mark, erhält das Deutsche Reich, das davon einen Teil zur Tilgung der Zündholzanleihe verwendet.

Hoher Verlust bei Singer-Nähmaschinen.

Großes Warenlager. — Weitere Betriebseinschränkungen.

Die Singer Nähmaschinen A. G. Berlin, die Tochtergesellschaft des amerikanischen Weltunternehmens, schließt das Geschäftsjahr 1931 mit einem Verlust von 3,3 Millionen Mark ab, so daß sich mit dem Verlustvortrag aus dem Vorjahr ein Gesamtverlust von 4,3 Millionen Mark ergibt, der vorgetragen wird.

Dieses ungünstige Ergebnis ist durch die große Arbeitslosigkeit verursacht, da die breiten Massen fast ausschließlich als Käufer von Nähmaschinen in Frage kommen. Da die Arbeitslosigkeit im laufenden Jahre nur wenig zurückgegangen ist, sind weitere Betriebseinschränkungen vorgenommen worden, zumal die Vorräte Ende 1931 mit 13,9 Millionen Mark noch sehr hoch waren. In guten Zeiten beschäftigte das Werk in Wittenberge (Elbe) etwa 11 000 Arbeiter und Angestellte.

Im übrigen scheinen die Bilanzzahlen durch „Verrechnungen“ mit der amerikanischen Dachgesellschaft stark beeinflusst zu sein. Die Forderungen sind von 49,5 auf 25,9 Millionen Mark zurückgegangen; allerdings ist unter den Passiven das Konto „Wertberichtigung der Außenstände“ von 15,1 Millionen Mark aufgelöst worden. Die laufenden Schulden der Gesellschaft werden jetzt mit 51,2 gegen 62,0 Millionen Mark im Vorjahr ausgewiesen, bei einem Kapital von 12,0 Millionen Mark.

Schrumpfender Hafenverkehr.

Jahresbericht der Berliner Hafen- und Lagerhaus A. G.

Die Verschärfung der Krise hat den Berliner Hafenverkehr im letzten Jahr weiter sinken lassen. Nach dem Jahresbericht der Behala ist der Gesamt-Gütereingang von reichlich 3,5 Millionen Tonnen im Jahre 1929 schon im folgenden Jahr auf 2,8 Millionen Tonnen und im Berichtsjahr bis auf knapp 2,25 Millionen Tonnen zurückgegangen. Auf die Behala-Betriebe entfielen hiervon im letzten Jahr rund 1,6 Millionen Tonnen. Die Gesamtleistung der Betriebe, also neben dem Gütereingang auch der Ausgang und die Behandlung des eingelagerten Gutes erreichte einen Umfang von 2,36 Millionen Tonnen. Dieser geringe Rückgang hängt damit zusammen, daß im ersten Halbjahr 1931 große Mengen von Getreide eingelagert wurden, die mit fortschreitender Jahreszeit einer besonderen Behandlung bedurften.

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr einschließlich Vortrag mit einem Reingewinn von knapp 110 600 Mark ab. Eine Dividende kommt nicht zur Verteilung. Im Vorjahr wurde aus einem Gewinn von 170 000 Mark eine Dividende von 6 Prozent ausgeschüttet.

9,96 Milliard. Sparkasseneinlagen Ende April

Ende April 1932 beliefen sich die Sparkasseneinlagen bei den deutschen Sparkassen auf 9955,84 Millionen gegen 9951,20 Millionen Ende März. Der Berichtsmonat weist mithin eine Zunahme um 4,64 Millionen auf gegenüber einer Abnahme um 36,57 Millionen im März.

Rückgang der Konturfe und Vergleichsverfahren im Mai. Nach Mitteilung des Statistischen Reichsamtes wurden im Monat Mai 1932 durch den „Reichsanzeiger“ 739 neue Konturfe (ohne die wegen Wassermangels abgelehnten Anträge auf Konturseröffnung) und 627 eröffnete Vergleichsverfahren bekanntgegeben. Die entsprechenden Zahlen für den Vormonat betragen 929 bzw. 742.

Moratorium für die Schwedische Zündholzgesellschaft. In einem außerordentlichen Kronrat wurde beschlossen, der Schwedischen Zündholzgesellschaft des Kreuzer-Konzerns ein Moratorium bis Ende August 1932 zu gewähren. Während dieser Zeit soll die Gesellschaft von drei Administratoren verwaltet werden.

Staatliche Regelung der Direktorengehälter in Polen? Die polnische Regierung kündigt an, daß in nächster Zeit eine Verordnung des Staatspräsidenten über Einkünfte der Mitglieder von Vorstands- und Aufsichtsräten in den Großunternehmen von Industrie und Handel auf ein bestimmtes Höchstmaß beschränkt wird. Auch die Gehälter der leitenden Direktoren in der Privatindustrie sollen durch diese Verordnungen herabgesetzt werden.



Die Zeitverhältnisse verlangen billige Artikel. Mouson bringt sie in den hochwertigen Igemo-Erzeugnissen. Verlangen Sie bei Ihrem Händler Igemo-Artikel und achten Sie auf die blau-rote Packung. Igemo bedeutet wahrhafte Qualität und Billigkeit.

- 10, IGEMO Shampoo
- 25, IGEMO Toilettenseife
- 25, IGEMO Hautcreme
- 50, IGEMO Hautcreme
- 50, IGEMO Zahnpaste
- 44, IGEMO Rasiercreme
- 75, IGEMO Rasiercreme
- 50, IGEMO Rasierseife
- 75, IGEMO Rasierseife
- 1, IGEMO Mundwasser

„Wenigstens recht haben“

Kleine Skizze aus dem Leben / Von Dagmar Sperk

Drei Mädchen und eine Chefin.

Es war ein Sonntag und der letzte Ausstellungstag. Randa-mal für Viertel- und Halbstunden drängte sich durch die Gänge der Ausstellungshallen tatsächlich eine dichte Menschenmenge, dann standen die drei Mädchen, die den kleinen Geschenkartikel, Stück 50 Pfennig, verkaufen, wie in einer heftigen Brandung und wurden von ihr erbarmungslos hin- und hergerissen.

Hinter ihnen in der vorderen Ecke einer Koje, deren ganzen übrigen Raum eine Firma für moderne Küchenbehelfe gemietet hatte, war ihr Tisch aufgebaut.

Die Chefin dieser Firma, da auch mit einigen Prozenten am Geschenkartikel beteiligt, führte Aufsicht über die drei. Der eigent-liche Chef kam erst abends zur Abrechnung. Die Mädchen waren übrigens alle nur auf Provision engagiert, deshalb hatte jede ihren eigenen Karton, dem sie die Ware zum Verkauf entnahm.

Sie machten mißmutige Gesichter. Wenn das so weiterging, hatten sie sich heute, am letzten Tage, so gut wie umsonst geplagt. Morgen sollten sie nochmal bei einem Modentee mit 4 Mark Figum arbeiten, dann war wieder der Verdienst zu Ende. Man mußte weitersehen.

Frau Emers — sie war sozusagen der Star unter den Kolle-ginnen, hatte die besten Leistungen — machte ein paar Schritte auf die Chefin zu: „Sie erlauben wohl, daß ich 'n Moment in die Kantine gehe?“ — Frau Emers klappte ihren Karton zu und ging eilig; wendet sich noch mal: „Paßt 'n bißchen auf mein' Karton auf!“ ruft sie den beiden zurückbleibenden Kolleginnen zu. „Ja, ja“, sagen die, aber es bringt kaum ins Bewußtsein, was die andere ihnen da eben aufgetragen hat.

Ein Karton fällt zu Boden.

Ausstellungsbesucher gehen an ihnen vorüber und sie ratzchen weiter wie seit Stunden ihre Sitanei herunter, immer von neuem. — Auf einmal stehen sie wieder mitten in einem stark bewegten Strom, werden hin- und hergeschoben und von dem Tisch mit ihrer Ware entfernt. Das Publikum drängt an dem Tisch mit den Kartons vorüber. Einer wird heruntergesetzt, geht auf, die Ware liegt verstreut auf dem Boden; lauter kleine bunt bedruckte Schächtelchen, sehen aus wie die Probepackungen irgendeines kosmetischen Erzeug-nisses. Ja, ganz genau so!

Die Jungensklasse einer Fortbildungsschule kommt vorüber. Sie sehen das Zeug auf dem Boden liegen und heben es auf. Ach, es hat Klamme gerechnet! Sie stecken die kleinen Päckchen in die Tasche.

Es ist wieder Ebbe eingetreten. Nur einzelne Besucher schlen-bern durch den Gang. Das kleine Fräulein Thomas kommt an den Tisch zurück. Sie sieht den Karton auf der Erde, Frau Emers' Karton. Zwei Packungen liegen noch daneben, sonst ist alles fort. Plötzlich, im Moment, spürt sie einen geradezu körperlichen, heftigen Schmerz. „Mein Gott, sie hätte sich doch mal umsehen sollen!“ Sie ist genau so schrecklich bedrängt wie in ihrer Kinderzeit, wenn sie in der Schule etwas verlesen hatte. — Daß die dumme Person aber auch so lange in der Kantine bleiben mußte, denkt sie dazwischen müde und versucht sich mit diesem Gedanken gegen ihre immer größer werdende Angst und ihr etwas schlechtes Gewissen zu wehren.

Die Gedanken fliegen so rasch. Es ist vielleicht erst der vierte Teil einer Minute vergangen, seit sie das sah. Der Karton liegt noch immer auf der Erde. Auf einmal fängt sie an zu schreien, schlägt Wärm, daß Frau Emers' Karton auf der Erde liegt und die Ware verschwunden. Sie ist furchtbar aufgeregt und spricht ganz atemlos. Dazwischen denkt sie gequält: „Ach, hätte ich doch bloß, bloß aufgepaßt!“ Fräulein Heller, ihre zweite Kollegin, kommt, sieht das Unglück. Frau Emers' Karton? Ihr Gesicht bekommt einen desinteressierten Ausdruck. Nur nicht sich um fremder Leute Sachen scharen!

„Beruhigen Sie sich doch, 's ist doch gar nicht ihr Karton!“ sagen die Kolleginnen von den „Küchenbehelfen“. Aber das kleine Fräulein Thomas wird nur immer aufgeregter. So übertrieben ist sie in ihrer Reue und in ihren Selbstvorwürfen, daß es ihr gar nicht einmal einfällt, daß ihre Kollegin, Fräulein Heller, ja auch da war, auch hätte auf den Tisch aufpassen müssen. Nein, das kommt ihr gar nicht in den Sinn!

Die Chefin kommt, um zu sehen, was denn da los ist. Fräu-lein Thomas überfällt sie und fängt gleich an das ganze Unglück auseinanderzusetzen. Die Chefin ist nur zum kleinsten Teil Mit-beteiligt. Maßgebend ist der andere, der Chef, der abends mit den Mädchen abrechnet. „Woju regen Sie sich denn so auf?“ sagt sie etwas peinlich berührt. Sie, die Chefin, darf sich da um keinen Preis jetzt zu irgendeiner, wenn auch noch so unbedeutenden, aber irgendwie verbindlichen Anerkennung hinreichend lassen; und nachher kommt dann weiß Gott was . . . Nein! — „Ja, ich kann da wirklich nichts sagen,“ zieht sie sich glatt und kühl zurück.

Die Angestellten von den „Küchenbehelfen“ sehen das als Signal an und gehen einer nach dem anderen an ihre Beschäftigung zurück. Fräulein Thomas steht allein da. Keiner von denen hat ihr die nagende Angst genommen. Fräulein Heller promenierte schon seit einer ganzen Zeit wieder mitten im Gang hin und her und wirbt Kunden lächelnd und höflich, als wäre nichts geschehen. Was soll sie nun tun? Sie fängt auch wieder an, ihre Sitanei herzusagen.

Frau Emers kommt den Gang herunter. Lang genug war die fortgeblieben! Fräulein Thomas bricht mitten im Satz die Erklärung ab, die sie einer Kundin gibt, läßt sie stehen und läuft auf Frau Emers zu, voll erregter Worte. Die hört die Geschichte voll-kommen ruhig an. Sie war eine halbe Stunde in der Kantine, das ist ihr gutes Recht! Was geht sie das an, wenn während der Zeit Ware verschwunden ist! Sie ist der Star unter ihren Kolleginnen und daher voll selbststärker Ruhe. — Abgesehen davon — natürlich wäre es ihr unangenehm, wenn sie das Fehlende bezahlen müßte. Aber warum vollführt die Thomas deswegen ein so gräßliches Geisus! „Am Moment ist ja daran gar nichts mehr zu ändern“ bricht sie mit kühler Miene ab und geht an ihre Arbeit.

Eigentlich hat nun das kleine Fräulein Thomas für ihr Teil wirklich keine Ursache mehr, sich weiter zu beunruhigen. Aber was nützt das? Sie ist nun eben so sehr übertrieben, darum quält sie sich tragend weiter.

Die Toilettenfrau erzählt.

Sie ist recht auffallend in ihrer Zerfahrenheit. — Selbst der Toilettenfrau, die zur Erholung etwas in dem Gang vor ihrer Türe steht, fällt es auf. Die ist eine Schwägerin, deshalb rückt sie auch gleich damit heraus wie ihr die Chefin für einen Moment in die Nähe kommt. „Was hat denn die kleine Thomas heute, die ist ja so aufferecht?“ Die Chefin schweigt. Sich aus der Sache halten, denkt sie. Aber die Toilettenfrau muß das Thema weiter-spinnen: „Die is überhaupt 'n bißchen komisch; da kommt sie immer ganz rasch mal zu mir ein und knüpft sich das Feld ins Taschentuch. Damit ihr nicht wechkommt, sagt se! Heut od wieder!“ Die Chefin schaut sie an. „Mein Wort, das tut se,“ beteuert die Frau. „hm —

hm“ macht die Chefin und läßt sie stehen. Die Toilettenfrau geht zurück hinter ihre Türe.

Frau Emers kommt sich „bißchen die Haare richten“. „Sie sag'n Se mal, was is denn mit eurer kleinen Thomas heut?“ fängt die Alte wieder an, und erzählt gleich noch einmal die ganze Ge-schichte vom Geld ins Taschentuch knüpfen.

So, so, denkt die Emers, komisch, wie die sich auch wegen der verschwundenen Ware aufgeregt hat.

Bisher getrennte Gedanken verknüpfen sich ganz unerklärlich in ihrem Innern. Sie denkt es noch nicht in festen klaren Worten, nein, sie hat nur jetzt einen Gedanken, den sie vorher nicht hatte. Nehmlich geht es der Chefin. Nach einer halben Stunde hat die einen Satz im Kopf, der heißt: „Sollte die kleine Thomas etwa die Ware für eigene Rechnung . . .“ Das weitere bleibt vor-läufig noch in einem ungewissen Nebel.

„Besser ist jedenfalls, ich mache den Chef darauf aufmerksam, soll er dann tun, was er meint.“

Der Herr Chef in Person.

Etwas nach 1/8 Uhr kommt er. Die Mädchen sind müde vom langen Stehen. Fräulein Thomas brennt das Gewissen: „Ja, warum hab ich bloß . . .“ Die Chefin hat ihren sozusagen Kom-pagnon beiseite genommen und spricht mit ihm. Frau Emers wird von den beiden herangerufen. Fräulein Thomas zittert die Knie. Natürlich wird der Chef mir einen Krach machen! — Jetzt kam er auf sie zu. — Mein Gott, wie ihr die Hände klagen! „Kommen Sie bitte mal her, Fräulein Thomas! Sagen Sie, wie ist das denn mit der Ware, die noch in dem Karton . . . die Toilettenfrau . . .“

Das kleine Fräulein Thomas starrt und zittert. „Was? — Ich soll? . . . das ist ja unerhört, mir so etwas . . .!“ Sie spricht nicht, sie kreischt geradezu. „Vor allen Dingen schreiben Sie hier nicht! Wer ein gutes Gewissen hat, mein liebes Fräulein Thomas, das . . .“ foltert sie der Chef weiter. „Oh, und wie sehr recht hatte ich mit meiner Angst!“ denkt sie schmerzlich befriedigt, fast von einer Art Genugtuung erfüllt, mitten in der furchtbaren Pein dieser

Charles Vildrac: Drama

Seit etwa einer halben Stunde fuhr unser Zug mit großer Geschwindigkeit durch eine öde, vom Regen verworfene Landschaft. Keine Felder, fast keine Dörfer. Plötzlich änderte sich das Tempo, der Zug fuhr langsamer und bald knirschten die Bremsen: er hielt an. Ich beugte mich zum Fenster meines Abteils hinaus, um zu sehen, was es gebe. Weder eine Station, noch irgendwelche Arbeiter auf der Strecke. Der Zug war gerade im Begriff, über eine Brücke zu fahren und blieb nun oben stehen.

Die Eisenbahnbrücke führt über ein tiefes, enges Tal. Mein Wagen hielt gerade über dem Wasser. Das Wasser füllte die Ufer bis zum Rande und floß zwischen rauhen Gräsern, die eine Reihe von Pappeln begrenzte, und den hohen Felswänden hindurch, die unser Viadukt überquerte.

Der Vollenhimmel und der dauernde Regen erfüllten das Tal mit einer atembeklemmenden Schwermut. Zwei Kilometer strom-abwärts verschwand das Tal in einer Biegung; man sah, daß sich der Fluß gabelte und in einer grünen Blätterwirrwis verlor. Nicht ein Haus stand an den Ufern. Auch feins oben auf den Felsen.

Da ich allein im Abteil war, ging ich an die andere Tür, um dort hinauszusehen. Hier war alles noch enger und die Landschaft noch düsterer, denn der Fluß war auf dieser Seite breiter, und Regen, der grau auf rasch hinströmendes Wasser und hochstehende Gräser niederfällt, hat in mir von jeher ein unüberwindliches Angst-gefühl hervorgerufen. Auch auf dieser Seite nicht eine menschliche Behausung, nicht ein menschliches Wesen. Eben wollte ich mich kräftig an meinen Platz zurückbegeben, als ich, halb vom Schilf-rohr verdeckt, ein Kind entdeckte, das am Ufer angelte.

Plötzlich schien mir alles verändert, und ich blieb. Alles glättete sich und wurde freundlicher in dieser Landschaft, in der ein Kind, ganz allein, ruhig am Rande des Wassers einen Fisch zu angeln versuchte. Der Regen, der es nicht ängstigte, der kalte Regen auf dem Wasser, weckte jetzt die Erinnerung an ein Lied in mir:

Der Regen, der Regen macht alles ganz weich,
Die Frösche, die Frösche, die freun' sich im Teich . . .

Was dieses Kind ganz allein? Wo war sein Haus, sein Dorf? Vielleicht dort unten, hinter den Weiden? Ich nahm mein Fern-glas, um die Ufer abzuschauen, konnte aber nichts entdecken und richtete meine Blicke wieder auf den kleinen Fischer. Ich sah ihn nun so deutlich, als wäre ich nur einige Schritte von ihm entfernt, dort zwischen dem vom Winde niedergeknickten Schilfrohr und den regennassen Gräsern.

Er mochte kaum mehr als zehn Jahre alt sein. Mit großer Freude betrachtete ich sein Gesicht, das kindlichen Eifer verriet. Starkes helles Haar quoll unter seiner alten Mühe hervor. Mit vorgehobenem Kinn, zusammengedrückten Augenbrauen, geöffneten Lippen folgte das Kind seiner Angel auf der Strömung und beugte sich mit weit ausgestrecktem Arm vor, um ihr so viel als möglich Spielraum zu lassen. Als sie nicht weiter trieb, zog er sie mit einem Ruck zurück, um sie nach der entgegengesetzten Seite auszuwerfen, wobei er die kurze Pause benutzte, um Luft zu schnappen. Er hob den Kopf, zog die Nase kraus und wischte sich mit dem Handrücken die Bäck ab, auf der die Wassertropfen standen. Er war von oben bis unten durchnäßt. Seine Leinwand klebte fest an seinem Körper. Aber daran schien er nicht zu denken.

Seine Angel verling sich in den Gräsern am Ufer. Er zog nach allen Richtungen, riß sie hin und her und geriet in einen solchen Zorn, daß die Angelrute zerbrach. Da sah ich, wie er versuchte, den Stöpsel, der anscheinend nur ihm auf dem Wasser trieb, mit dem Angelstod zurückzuholen. Er konnte ihn aber nicht erreichen. Jetzt sprang er auf einen Stein, der auf der Oberfläche des Wassers schwamm, stellte sich auf die Fußspitzen, legte einen Arm auf den Rücken und streckte den andern mit dem Angelstod so weit als nur möglich vor . . .

Von diesem Augenblick an schaute ich nicht mehr zu meinem Vergnügen hin.

Ich sah ganz deutlich, wie er das Gleichgewicht verlor, einen Augenblick auf einem Fuß balancierte und dann, mit geöffneten Händen, ins Wasser stürzte. Ein Aufspritzen, ein leichter Wellen-schlag — und nur noch der Angelstod trieb auf der Strömung.

Ich riß mein Fernglas herunter, schrie laut auf, ohne meine Augen von der Stelle abwenden zu können, die plötzlich wieder in ihre wirkliche Entfernung gerückt war — unerreichbar in dieser Landschaft, erbarmungslos öde . . .

Ich schrie, aber nicht mehr laut. Die benachbarten Abteile waren leer, und wegen des heftigen Windes waren nur wenige

Ezene, nicht erkennend, daß erst ihre übertriebene Angst das Miß-frauen der anderen weckte. „Oh, wie recht hatte ich!“ Das ist Trost, Stütze, neuer Mut, alles in einem!

Die beiden anderen sind inzwischen mit ihrer Abrechnung fertig geworden. Das Ganze da quält sie unerträglich. Vielleicht sind sie irgendwie mitschuldig, daß jetzt dies hier geschieht. Nein, das wollten sie gewiß nicht. Fräulein Heller möchte etwas sagen, irgend etwas, um die Kollegin zu verteidigen. Sie will nicht mehr klug und desinteressiert danebenstehen. Aber sie schweigt und die Sekunden vergehen. Es ist da nämlich etwas, das sie am Ende davon abhält, zu reden: 4 Mark Figum, die für den kommenden Tag in Aussicht stehen.

Der Chef hat es inzwischen bis zum äußersten getrieben . . . Leibesvisitation! „Jetzt ist der Person natürlich nichts mehr nach-zuwelsen!“

Er wendet sich den beiden anderen zu, nimmt ihnen die Abrech-nung ab. . . . Ja, und morgen könnt ihr also nochmal bei dem Modentee arbeiten, 4 Mark. — Zieht euch 'n nettes Seidenkleid an und bißchen hübsch die Haare, so ganz vornehm, ganz ladylike. — Also um 1/4 Uhr.“

Zwei Mädchen machen sich Gedanken.

Für heute sind sie entlassen. Die beiden Mädchen gehen, ein großes Stück hinter ihnen her das kleine Fräulein Thomas. Die zwei da vor ihr schweigen. — Ladylike sollen sie sich für morgen machen, denken sie, ganz vornehm, ja, für morgen! Was tut, daß sie heute ihrer Kollegin gegenüber nicht einmal einfach mensch-lich waren, sie nicht verteidigen, weil morgen sonst vielleicht zwei andere . . . — In ihrem Innern bohrt quälend die Ironie dieses „Morgen ganz ladylike“, erst morgen, heute sind sie noch weit davon entfernt, nicht einmal anständig. Ein paar arme Teufel, die bedacht sein müssen um keinen Preis, den noch winkenden Verdienst zu verlieren!

Ja, das ist es: sie mußten bedacht sein um keinen Preis . . . Sie waren gezwungen. Ja, und dieser Zwang rechtfertigt auch ihre Handlungsweise! . . . So wie kaum eine halbe Stunde vor-her das kleine Fräulein Thomas, nur in anderem Zusammenhang, erfüllt jetzt sie die Vorstellung, „recht zu haben“, mit schmerzlicher Befriedigung und gibt ihnen ihr Gleichgewicht zurück.

Ja, wenn nichts, nichts anderes bleibt, ach, dann muß man wenigstens dieses eine Argument, diese letzte Stütze: „das Recht“ für sich haben, sei's auch nur, daß man sich's vortäuscht.

Fenster geöffnet. Ein einziger Mitreisender erschien. Ich wies mit den Armen nach dem Fluße hin, gegen den Wind redend:

„Ein Kind ist eben ins Wasser gefallen!“

Der Mitreisende verstand nicht. Er bemühte sich offenbar nur, zu entdecken, was ich ihm Interessantes zu zeigen hätte.

Im gleichen Augenblick kam mir der Gedanke, die Alarmschloze zu ziehen, als dem Zuge zu springen, den Zugführer zu rufen. Aber ich tat nichts dergleichen, und es wäre ja auch zwecklos ge-wesen. Die kleinste Ueberlegung brachte es mir zum Bewußtsein.

Ich mußte ja, daß wir, in bedeutender Höhe über dem Tal, festgeklemmt waren. Wir waren ein Zug. Wir hatten ebenso wenig ein Recht auf das Leben dieses Ortes wie auf das irgendeines andern Teils der Fahrstrecke. Sogar der eben empfundene Schmerz kam mir nicht zu. Ich gehörte zum Eisenbahnmateriale, dessen Ballast, Schienen, Mechanik bei der Abfahrt und der Ankunft die gleichen sind, eine vermittelnde, in sich geschlossene Welt, die die Menschen während der Zeit, in der sie von einem Ort zum andern befördert werden, von der übrigen Welt trennt.

Uebrigens setzte sich der Zug jetzt wieder in Bewegung, und ich blieb nur wie erstarrt am Wagenfenster stehen.

So fuhr ich weiter, während der Regen mir ins Gesicht peitschte. Die nächste Station war noch weit, und ich sah, ehe wir sie er-reichten, noch viele Landschaften, keine Bahnhöfe, Häuser, wo ganz andere Dinge vor sich gingen . . .

(Autorisierte Uebersetzung aus dem Französischen von Lina Freuder.)

Paul Zech: Terzinen für Thino¹

I

Von Deinem Mädchenkleid blieb lange noch im Saub ein Streifen Rot zurück und schien im Flimmer der frühen Mondnacht wie der Blütenstaub

von einem Schmetterling. Und hinter Dir war immer der Wind ein wenig wilder und vergaß Dich erst in dem Geräusch der dunklen Zimmer.

Und Dein Gesicht war manchmal wie aus Glas so aufgeglänzt und spiegelte die Dinge, die Deine Seele aufgetrunken schon besaß.

verhundertfach und zog die Silberfäden noch enger um mein schüchternes Gefühl. Und wie ein Gipfel, den ich nie bezwinde

mit meiner Ohnmacht, sah Dein Blick so kühl auf mich herab. Der Tau rann von den Bäumen und in den Straßen voller Wärmegewühl

blieb nur Erinnerung: von Dir zu träumen.

II

Und als die Nächte sich zum Tag verflachten im Räderlärm und langen Lichtanfällen und jedes Grün im Park zuschanden machte

für das Geheul der Spinnweben in den dumpfen Sälen; kamst Du ins Flüstern mit dem schmalen Schatten der Steinfigur und sahst die Flächen sich vermählen

mit Deinem Leib, bis sie Dich aufgefogen hatten und Dein Gesicht so kesse sich bewegte, wie die verschlafene Käte der Rabatten.

Und als der Duft sich zart um meine Schläfen legte und die Geräusche schon entfernter klangen, wie wenn der Regen sie in eine große Beere fetzte:

umkürzten mich nicht mehr die Gitterstangen und in den Kesseln froren die gespannten Gewalten der Fabrik. Ich sah die langen

Alleen menschenkern im Marsch der Musikanten.

¹) Aus Paul Zech: „Terzinen für Thino“, Die Blaue Reihe, Band 3, Verlag die Rabenpresse (Preis 30 Pf.).